

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Briefporto 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Volkscheckkonto Nr. 53477**
Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596
Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Besetzung der Rheinstädte.

Düsseldorf, 8. März. In den frühen Morgenstunden sind französische Truppen von der Grenze des besetzten englischen Gebiets in die äußeren Stadtteile mit Panzerautomobilen und Kavallerie eingerückt, während einige Pfleger die Stadt überflogen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Essen, 8. März. Ruhrort ist heute nacht besetzt worden. Die Außenviertel von Duisburg wurden heute früh durch belgische Truppen besetzt. Die Jäger werden in Duisburg angehalten und dürfen nicht ins besetzte Gebiet weiterfahren.

Paris, 8. März. Wie Petit Parisien mitteilt, wird die Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg von zehn Bataillonen ausgeführt. Im Kriegsministerium wird erklärt, daß die Besetzung von belgischen, englischen und französischen Truppen ausgeführt werde.

Die preußischen Rechtssozialisten zur Regierungsfrage.

Gegen Einbeziehung der Sinnespartei.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vormärtsbericht über die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags. Die Wahl des Fraktionsvorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Siering, als 2. Vorsitzenden Pimberg-Essen. Auf Antrag Heilmanns und mit Rücksicht auf die noch ungeklärte Frage der Regierungsbeteiligung wurde beschlossen, die Wahl zunächst als provisorische für die nächsten vier Wochen gelten zu lassen. Der Standpunkt der Fraktion zur Regierungsfrage wurde in einer einstimmigen Erklärung festgelegt: „Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages ist bereit, die alle Regierungskoalition fortzusetzen, so lehnt einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen, sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen scharfen Schärfe bekämpfen.“

Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten.

M.A. meldet: Ministerpräsident Dato wurde gestern nachmittag, als er von der Kammer im Automobil heimfuhr, von drei unbekannten Männern durch Revolverschläge getötet.

Meldungen aus Madrid belagen: Ministerpräsident Dato kehrte im Kraftwagen vom Senat nach seiner Wohnung zurück. Drei Unbekannte, vermutlich Gewerkschaftler, die ihm auf Motorrädern gefolgt waren, hielten seinen Kraftwagen in der Nähe der Carranostraße an und gaben auf den Ministerpräsidenten 27 Revolverschläge ab. Der Chauffeur des Ministerpräsidenten fuhr mit größter Schnelligkeit nach der nächsten Infirmerie, wo die Verletzungen nur den Tod des Ministerpräsidenten feststellen konnten. Er hatte zahlreiche Wunden erhalten, darunter drei tödliche. Eine Kugel war ihm zwischen die Rippen gedrungen, eine andre in den Rücken. Die Angreifer hatten die Kugeln an der Spitze abgebrochen, um sie in Dum-Dum-Gewehre umzuwandeln. Mehrere Minister begaben sich schleunigst nach der Anstalt. Der Minister des Innern ließ den König benachrichtigen. Die Angreifer sind entkommen, es fehlt jede Spur von ihnen.

Anscheinend ist das Attentat ein Verweissungsakt der unter dem weißen Terror leidenden spanischen Arbeiter. Seit Monaten wütet in Spanien die schmerzhafteste Reaktion mit den brutalsten Gewaltmitteln gegen die Arbeiterschaft, besonders gegen die Gewerkschaften. Die Organisationen und Zeitungen der Arbeiter wurden rücksichtslos niedergedrückt, die Führer und Mitglieder der Gewerkschaften in Massen verhaftet, mißhandelt, deportiert oder gar getötet. Der reaktionäre Ministerpräsident, der die Verantwortung für das Schreckenregiment in Spanien trägt, fällt als Haupt dieses schandwürdigen Systems.

Ein neuer Sieg der Arbeiterpartei in England

Dem Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei in Dublin ist am Sonntag ein weiterer im Wahlkreis Kircaldy gefolgt. Dort regte der Kandidat der Arbeiterpartei mit 11674 Stimmen über den Koalitionsliberalen Lockhart, der 10199 Stimmen erhielt.

Tom Kennedy ist Sozialist. Er gehört der alten Sozialdemokratischen Föderation an und wird, wie der Daily Herald sagt, mit Will Thorne, Jack Jones, Dan Irving und anderen eine sehr wichtige Gruppe in der Arbeiterfraktion des Unterhauses bilden. Für die Regierungskoalition und der Stellung Lloyd Georges bedeutet diese Wahl einen neuen Schlag.

Neue blutige Zusammenstöße in Italien.

M. Mailand, 8. März. In der Umgegend von Florenz kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen den Nationalisten und Sozialisten, bei denen es 5 Tote und 15 Verwundete gab. Die Verhaftungen in Florenz und anderen Bezirken dauern fort. Das Journal d'Italia will wissen, daß in Italien 500 Agenten Lenins weilen. Es fordert die strengste Kontrolle für die Fremden.

Nach dem Bruch.

An die Arbeit!

Der Entente-Imperialismus geht mit der Zwangsausfuhr des Stieres, dem das Auge blutunterlaufen ist, seinen verhängnisvollen Weg der Gewalt weiter. Der Friedensvertrag von Versailles ist augenblicklich ein zehes Papier, das jeder Windhauch zerwehen kann. Die schmale Basis, auf der sich der Wiederaufbau Europas nach dem Willen der Sieger vollziehen sollte, ist aufs schwerste erschüttert. Der Friedenszustand, der freilich seinen Namen nur in sehr beschränkter Weise verdient, der aber doch immerhin so etwas wie eine rechtliche Bindung der Gewalttäter darstellte, ist wieder dem Kriegszustand gewichen, der nun deshalb nicht mit allen Grenen der Jahre 1914—18 wieder einsetzt, weil die eine Seite, weil Deutschland entwaffnet und ohnmächtig am Boden liegt.

Nur den Völkern Europas, vor allen Dingen vor den Proletariern der Kulturländer steht düster und drohend die Frage: Was soll nun werden? Für die Proletarier genügt es nicht, mit dem Nationalisten ingenuum Schmunzelnd zu konstatieren, daß der Friedensvertrag gebrochen ist, daß die Bindungen von Versailles nach der einen wie der andern Seite hin aufgehoben sind. Wir deutschen Sozialisten können nur eine sehr frohliche Genugtuung empfinden über eine solche Revision des Friedensvertrags. Was wir als Revision uns vorstellen, was wir unter diesem Worte dringend fordern, das ist etwas wesentlich anderes. Das bedeutet nicht die Entfesselung des Militarismus und Imperialismus der Entente und des Nationalismus in Deutschland, sondern vielmehr die Befreiung dieser zerstörenden, die Völker verderbenden Mächte. Der Nationalismus glaubt jetzt in Deutschland: seine Zeit gekommen. In der Erregung wilderster Leidenschaft gegen die Entente steht er seine Aufgabe. Sie soll ihn im Innern wie im Außen zum Ziele führen. Im Innern denkt er durch die Ablenkung des Volkswillens auf den äußeren Feind die Stimmung zu schaffen, die ihm erlaubt, die letzten Spuren der Revolution von 1918 zu verwischen, das Volk wieder ins alte Joch des Obrigkeitsstaates zu beugen, die Herrschaft des Kapitalismus für immer wieder zu festigen und jeden Weg zur Sozialisierung, zur sozialistischen Gesellschaft zu verperzen. Nach außen hin träumt er von einem Wunder, von einer neuen Weltkonstellation, die Deutschland erlauben würde, die Fesseln der Entente abzustreifen — im Hintergrund steht immer noch der Gedanke eines glorreichen Revolutionskriegs. Diese ewigen Ra-Banque-Spieler auf Kosten des deutschen Volkes, insbesondere auf Kosten des deutschen Proletariats, möchten jetzt den Abbruch aller Verhandlungen mit der Entente dekretieren, um aller Verpflichtungen, die uns der Vertrag von Versailles auferlegt, juristisch ledig zu sein. Sie bedauern, daß die sofortige Anwendung der Sanktionen gegen den Verfallener Vertrag verstoße, daß er also von der Entente gebrochen sei und daß Deutschland daher an seine Bestimmungen nicht mehr gebunden sei. Die Kronjuristen der Entente beweisen natürlich mit derselben Gründlichkeit, daß Deutschland durch verübene Nichterfüllungen seiner Vertragsverpflichtungen der Entente das Recht zur sofortigen Gewaltanwendung gegeben habe und daß also der Vertrag zu Versailles in allen seinen vielen Paragraphen weiter zu Recht bestehe.

Auf diese juristischen Beweise und Gegenbeweise kommt es indes nicht an. Weit wichtiger ist die Tatsache, daß die Entente die Macht hat, die Beobachtung des Verfallener Vertrags bezwungen, was sie darunter versteht, von Deutschland zu erzwingen. Würde sich die Regierung auf den Standpunkt der Nationalisten stellen, so hieße das, immer neue Gewaltmaßnahmen, immer neue Zwangsmassnahmen der Entente herausfordern, hieße das, die Befehle durch die feindlichen Truppen auf allmählich immer größere Teile Deutschlands ausdehnen und die wirtschaftliche Last Deutschlands ständig vermehren. Das wissen unsere Nationalisten auch ganz gut, aber sie spekulieren gerade auf die nationalstolische verheerende Wirkung und meinen im übrigen, daß die Entente schließlich dieses Verfahrens müde werden dürfte, das Deutschland immer mehr ruiniere und also die Herauspressung der geforderten Tribute immer unmöglicher mache. Das mag stimmen, aber Deutschland müßte diese schließliche Erkenntnis der Entente mit einem fürchtbaren Leidensweg, mit immer tieferem Abstieg in den Abgrund wirtschaftlicher Zerstörung bezahlen, und der Hauptlasttragende würde wie immer das Proletariat sein, während die Kapitalisten auch in solcher Zeit ihre Lebenshaltung schon zu behaupten verstehen würden.

Deutschlands Proletariat kann sich also nicht auf den bequemeren Standpunkt stellen: Warum laßt mich Vater keine Handhabe; geschieht ihm ganz recht, wenn mir die Finger errieren! Sondern die deutsche Arbeiterklasse muß fordern, daß kein Weg verkümmert wird, der sich in der nächsten Zeit bieten sollte um die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, um an die Stelle der blinden, zerstörenden Gewalt die vernünftige Verständigung zu setzen und die drückende Wiedergutmachungs-

frage im positiven Sinne zu lösen. Was das Proletariat in dieser Hinsicht an Vorarbeit tun kann, das wird es mit erstem Bemühen, mit höchstem Eifer tun müssen. Die internationale Arbeitsgemeinschaft, die in Wien ins Leben trat und die das Ansehen von London kommen sah, hat den ersten Schritt zu einer Aktion auf diesem Gebiet bereits getan. Die Demonstrationen, zu denen sie in allen Ländern, in denen ihre angeschlossene Parteien sind, am 18. März und am 1. Mai aufrufen wird, die Dreiländerkonferenz zwischen den revolutionären Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, die im Zeichen dieser internationalen Arbeitsgemeinschaft demnächst zusammenzutreten soll, sie werden Wegebahner sein zur Wiedergutmachung des Unheils, das die Londoner Konferenz angerichtet hat, sie werden das revolutionäre Proletariat an der Arbeit setzen, eigene Wege zu finden, wo der Kapitalismus ebenso verlagert wie der nationalstolische verheerende Reformismus der sogenannten 2. und die Revolutionsromantik der sogenannten 3. Internationale.

Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht in dieser Arbeit der internationalen Arbeitsgemeinschaft die beste Rechtfertigung der Politik erblicken, die sie seit den Tagen, da die Frage der Unterzeichnung des Verfallener Vertrags drohend vor Deutschland stand, verfolgt hat, unbeeinträchtigt durch alle zeitweiligen Nachteile, unerschütterlich durch alle giftigen nationalstolischen Einwürfe. Heute angelte dieses Gesicht wieder keifend auf und raunt dem Bürger ins Ohr, daß alles anders, daß alles besser gekommen wäre, wenn Deutschland den Vertrag von Versailles im Juni 1919 nicht unterschrieben hätte, daß die Unabhängige Sozialdemokratie an all dem Unheil von heute Schuld trage, daß es nun doch zu dem gekommen sei, was durch die damalige Unterzeichnung vermieden werden sollte, zu den neuen Gewalttaten der Entente. Dieses Geräusch ist so verlogen, wie alles andre, das gegen die Haltung unserer Partei in jenen Junitagen vorgebracht wurde. Gerade das jetzige Vorgehen der Entente ist eine glänzende Rechtfertigung der Agitation, durch die unsere Partei damals die Nationalversammlung und die öffentliche Meinung zur Unterzeichnung bestimmt hat. Wir brauchen nur zu vergleichen, was die Entente jetzt tut und was sie damals getan haben würde, wenn die Unterzeichnung verweigert worden wäre, um mit Händen zu greifen, wie wertvoll die Reitspanne für Deutschland gewesen ist, die es durch jene Unterzeichnung in Versailles gewonnen hat. Damals hätten die Sieger nicht nur die deutschen Kriegsgefangenen hinter dem Stacheldraht ihrer Lager zurückgehalten, sie hätten auch, ohne mit der Wimper zu zucken, die drohende Hungerblockade weiter bestehen lassen, die damals ein völlig ausgemergeltes, halbverhungertes Volk traf. Damals wäre die Befreiung größerer Teile Deutschlands gefolgt und die staatlichen Verhältnisse unseres Landes waren in jenen Tagen noch so wenig gefestigt, daß der Zerfall der deutschen Einheit bedroht hätte. Heute waren die Sieger die Blockade nicht mehr zu erneuern, sie fürchten das Gewissen der Welt, das inzwischen die entsetzlichen Wirkungen dieser Maßregel erfahren hat. Und wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, die sie über uns verhängen, auch noch schwere Entbehrungen über uns bringen mögen, sie werden das Maß jener, die uns die Blockade gebracht hätte, doch nicht ganz erreichen und sie werden immerhin ein nicht mehr so vollständig verhungertes Volk treffen, wie damals. Man muß schon beide Augen vor der Wirklichkeit verschließen, wenn man nicht sehen will, daß der geschichtliche Verlauf die Taktik, die die Unabhängige Sozialdemokratie in schwerster Schicksalsstunde des deutschen Volkes eingeschlagen hat, sich als die richtige erwiesen hat. Und aus dieser Erkenntnis heraus schöpfen wir den Mut, auch in dieser neuen schweren Situation Wadfinder zu sein, nicht nachzulassen in der Arbeit, nicht nachzulassen im Kampfe wider die zerstörenden Mächte des Entente-Imperialismus einerseits, des deutschen Nationalismus auf der andern Seite. Der Wiederaufbau Europas wird im Zeichen der revolutionären Internationale stehen oder er wird nicht sein!

Vorbereitung für die Durchführung der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen.

Paris, 8. März. (Z.) Die französische Regierung hat gestern abend noch dem Präsidenten der alliierten Kommission im Rheinland, Tirard, telegraphisch Anweisungen geschickt, um die wirtschaftlichen Sanktionen Beschlagnahme der Zölle an der deutschen Westgrenze und Errichtung einer Zollgrenze am Rhein, vorzubereiten.

Koblenz, 8. März. Die internationalisierte Rheinlandkommission hat zwei neue Verordnungen 76 und 77 erlassen, die sofort in Kraft treten. Nach Verordnung 76 tritt die Telephon- und Telegraphenzensur durch die Besatzungsbehörden während eines Zeitraums von acht Tagen, der immer wieder um dieselbe Zeit verlängert werden kann, in Kraft; ebenso werden die Nachrichten, die sich auf Bewegungen der Truppen beziehen, unter diese Zensur gestellt. Die Verordnung 77 bestimmt, daß die an der deutschen Westgrenze erhobenen Zölle beschlagnahmt werden. Weitere Weisungen hat sich die internationalisierte Rheinlandkommission

vorbehalten. Bis auf weiteres werden die bisherigen Zolltarife erhoben. Die Zollverwaltung, der deutsche Ein- und Ausfuhrdienst und der Dienst zur Verhütung der Kapitalflucht, der in den besetzten Gebieten eingerichtet ist, werden dem Befehl der internationalen Rheinlandkommission unterstellt.

London, 8. März. Im Unterhause erklärte Bonar Law, der Gegenwurf bei der Abgabe von 50 Prozent des Wertes deutscher Einfuhrwaren werde vom Schaham wohl kaum vor O'Brien eingebracht werden.

Eine Proklamation der Besatzungstruppen.

Düsseldorf, 8. März. Das Oberkommando der alliierten Besatzungstruppen hat eine Proklamation erlassen, die u. a. bestimmt: Der Besatzungszustand wird verhängt. Die Ordnung darf unter keinen Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden und die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungstruppen ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Kein Streik wird geduldet. Zeitungen, Flugblätter, Flugblätter, Anschlagzettel und überhaupt sämtliche für das Publikum bestimmte Schriftstücke dürfen allein mit Genehmigung des Detachements verteilt oder angeschlagen werden. Der Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr erleidet keine Unterbrechung, ist aber einer Kontrolle unterworfen. Weiter bestimmt die Verordnung, daß sämtliche Waffen und Munition innerhalb von 12 Stunden abgeliefert werden müssen.

Protest der Vertreter des besetzten Gebiets.

Berlin, 8. März. Die im Reichstage versammelten parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete haben einmütig erklärt:

Die von den germanischen Mächten angebrochene Errichtung eines besonderen Zollgebiets am Rhein würde eine offensichtliche schwere Verletzung des Versailler Friedensvertrages bedeuten, da die Errichtung eines solchen Zollgebiets nicht, wie der Versailler Frieden, als Bedingung für eine solche Maßregel vorliegt, den Interessen des besetzten Gebiets dienen, sondern im Gegenteil diese Interessen auf das schwerste schädigen würde. Aber auch die Errichtung eines besonderen Zollgebiets und die damit unzweifelhaft verbundene wirtschaftliche Schädigung der besetzten Gebiete wird die Bevölkerung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterland nicht wandeln machen.

Amerika beteiligt sich nicht am Vormarsch.

Paris, 8. März. Wie die Abendblätter aus Washington melden, erinnert eine öffentliche Verlautbarung des Staatsdepartements daran, die amerikanischen Truppen seien in Deutschland verblieben, um die Innehaltung der Bedingungen des Waffenstillstandes, nicht aber der Klauseln des Friedensvertrages zu überwachen. Was die Zurückziehung der Truppen anbetrifft, so erwarte man eine Entschloßung des Präsidenten Harding.

Washington, 8. März. Das Kabinett hat heute über die Frage der Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Deutschland beraten. Die heiligen Politiker erwarten, daß das Vorgehen der alliierten Heere den Befehl der Regierung beschleunigen werde.

Nach die Tscheko-Slowakei macht nicht mit.

Prag, 8. März. Es ist ermächtigt, festzustellen, daß sich die Tscheko-Slowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nicht beteiligen werde; alle gegenteiligen Gerüchte seien vollständig unbegründet.

Die sozialistische Dreiländerkonferenz zur Wiedergutmachungsfrage.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Die Freiheit meldet heute an der Spitze ihres Blattes: „In einer Besprechung unseres Zentralkomitees mit Vertretern der französischen Partei wurde in Anknüpfung eines Vorschlages des Nationalrats der sozialistischen Partei Frankreichs, der von der Wiener Internationalen Konferenz aufgenommen worden ist, beschlossen, in nächster Zeit eine deutsch-französische Konferenz einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Reparationsfrage beschäftigen soll.“

Beratungen in Berlin.

Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Die Ankunft der deutschen Delegation in Berlin wird heute abend 6 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof erfolgen. Nach der Ankunft des Reichsaussenministers wird um 9 Uhr abends eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden. In der Sitzung werden Beratungen über die Taktik, die die deutsche Regierung in den nächsten Tagen befolgen wird, sind noch nicht gepflogen worden. Die auswärtigen Ausschüsse des Reichsrats und des Reichstages werden vor der großen politischen Aussprache im Reichstage gehört werden. Gestern nachmittag traten die für die wirtschaftlichen Fragen zuständigen Ressortminister zusammen, die sich mit den voraussichtlichen wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen beschäftigten. Die Sachverständigenbesprechungen, die gestern stattfanden, waren nicht offiziell, sondern rein privater unverbindlicher Natur.

Der verschwundene erste Gegenvorschlag.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß infolge nationalsozialistischer Einschülfle der erste von den deutschen Sachverständigen ausgearbeitete Gegenvorschlag auf der Fahrt der deutschen Delegation von Berlin nach London auf geheimnisvolle Weise verschwunden ist. Dieser erste Vorschlag war in der Hauptsache von den Herren Rathenau und Wiedenfeld ausgearbeitet und stellte ein großzügiges wirtschaftliches Programm für die Frage der Wiedergutmachung dar. Der deutschen Delegation lag allerdings noch ein zweiter vom Finanzminister Wirth stammender Vorschlag vor, der sich auf die Senboux'schen Vorschläge begründete und deren weiteren Ausbau vorschlug. Aber auch dieser zweite Vorschlag ist nicht von der deutschen Delegation in London vorgelegt worden, sondern es erschien dieser ungeliebte Entwurf, der sofort die Situation so verschärfte, daß die weiteren Verständigungsmöglichkeiten von vornherein auf ein Minimum herabgedrückt wurden. Dieser Entwurf stammt, wie nunmehr feststeht, in der Hauptsache von den Herren Staatssekretär Simson und Geheimrat Warburg. Simson ist schon immer einer der reaktionärsten Heher im auswärtigen Amt gewesen, einer der Diplomaten der alten Schule, die glauben, auch heute noch mit den Lügenmethoden des alten Regimes ihre Politik fortsetzen zu können. Der Reichstag wird in seinen kommenden Verhandlungen dafür zu sorgen haben, daß die geheimnisvolle Angelegenheit des verschwundenen ersten Gegenvorschlages restlos aufgeklärt wird.

Protest der bayerischen USP. gegen den Einheitsfrontschwindel.

Umfall der Rechtssozialisten.

München, 9. März. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Im bayerischen Landtag wurden gestern im Haushaltsausschuß die Beratungen über den Kautskietat abgebrochen. Sämtliche Minister erklärten und der Ministerpräsident v. Kahr verlas dann eine Erklärung, die in schärfsten Worten gegen die Haltung der Alliierten auf der Londoner Konferenz und gegen die Durchführung der Sanktionen protestiert. Die bayerische Volkspartei verlas dann eine Erklärung,

die das volle Einverständnis mit der Regierungserklärung aussprach und ebenfalls aufs schärfste gegen die Durchführung der Sanktionen Stellung nahm. Dabei wird die Schuld für den Abbruch der Verhandlungen in vollem Maße der Brutalität des feindlichen Siegerwillens zugeschrieben. Die Erklärung fand die Zustimmung sämtlicher bürgerlicher Parteien und der Rechtssozialisten.

Der Vertreter der USP. erklärte: Wir haben von Anfang an gesagt, daß die Pariser Forderungen nicht durchführbar sind und daß wir Forderungen, die nicht erfüllbar sind, nicht unterschreiben können. Wir haben aber auch verlangt, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten restlos ausgenutzt werden müssen. Wir wissen im gegenwärtigen Augenblick noch nicht, ob alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, und wir wissen noch nicht einmal, ob auch wirklich alle Mitglieder der deutschen Delegation von London abgereist sind und ob nicht inoffiziell weiterverhandelt wird. Deshalb lehnen wir es im gegenwärtigen Augenblick ab, uns der abgegebenen Erklärung anzuschließen, aber auch deshalb, weil wir die Schuld für die augenblickliche kritische Situation den in Deutschland und in Bayern regierenden Regierungen mit ausbürden, weil besonders die bayerische Regierung durch Unterliegung der nationalsozialistischen Hehe und durch ihre Haltung in der Einwohnererwerfrage mit dazu beigetragen hat, die Verhandlungen zu erschweren. Wir wenden uns auch deshalb gegen die Protesterklärung, weil sie sich in schärfsten Ausdrücken gegen die Gesamtheit des französischen und englischen Volkes wendet und weil wir wissen, daß die Arbeiter mit der imperialistischen Haltung ihrer Regierungen nicht einverstanden sind. Wir sind uns im klaren darüber, daß gegen die Vergewaltigung durch den Entente-Imperialismus gekämpft werden muß, aber nicht in einer nationalsozialistischen, sondern in einer internationalsozialistischen Einheitsfront. Wir können uns nicht hinter eine Regierung stellen, die bisher nichts anderes getan hat, als mit Gewaltmitteln das Proletariat niederzuknüppeln.

Die Ausführungen des USP.-Redners waren von lebhaften Entrüstungsrufen der Regierungsparteien und einiger Minister begleitet. Die Zustimmung der Rechtssozialisten bedeutet ihr Einrücken in die nationale Einheitsfront, die die Rechtssozialisten in Bayern um so schwerer belastet, als die bayerische Regierung die Organe heranzieht, Widerorganisationsstellen in der Orgesch bildet und den Kappverbrechern Asyl gewährt.

Unbelehrbar.

Berlin, 8. März 1921.

Der Kanzler des Deutschen Reiches schickte heute den starken Drang, der Öffentlichkeit seine Meinung über den Abbruch der Verhandlungen in London zu sagen, wobei er sich erdreistete, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Nicht nur durch Zurückkommen auch bei Begründung des Antrages durch den Genossen Crispian, daß sofort in eine Besprechung der Reichskanzler erklärt eingetreten werden solle, wurde dagegen protestiert. Mit Recht wies Genosse Crispian ferner darauf hin, daß offenbar die Öffentlichkeit gefährdet werde, wenn sich jetzt die Reichstagsmehrheit, mit Einschluß der Rechtssozialisten, dagegen werde daß sofort in eine Besprechung eingetreten werde. Herr Stresemann hatte nämlich nach dem Reichskanzler sofort das Wort genommen und beantragt, in keine Besprechung der Angelegenheit einzutreten, sondern nach der Rückkehr der Londoner Delegation erst im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten darüber zu verhandeln. Wie aus dem vergangenen Freitag, so sprach auch heute die rechtssozialistische Fraktion dem Bürgerblod bei und half ihm, den Antrag unserer Fraktion abzuwürgen. Was diese tapferen Männer aber sicher nicht hindern wird, tags darauf wieder umzufallen.

Auf den Einwand des Genossen Crispian, daß man es im Auslande nicht verstehen werde, wenn der Reichstag in diesem Augenblick schweige, und daß der Eindruck sich verstärken müsse, in Deutschland bestimmten die Nationalisten die Politik, die Demokratie sei nur eine leere Dekoration, wußte der Sprecher der mehrheitssozialistischen Fraktion, Müller, nichts zu erwidern. Der Kommunist Levi unterstützte unsern Antrag und bemerkte noch, daß die Aussprache sich an die Rede Fehrenbachs anzuschließen habe, eine andre Geschäftspraxis stehe mit der Geschäftsordnung in Widerspruch. Alles half nichts, von den Rechtssozialisten bis zu den Deutschnationalen stimmte alles geschlossen unsern Antrag über.

Zu einer lebhaften Aussprache kam es bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Entlastung der Gerichte. Bei der zweiten Lesung war auf Antrag unserer Fraktion die Bestimmung im Gesetz so gefaßt worden, daß neben den Männern auch die Frauen zum Amt des Schöffen und Geschworenen zugezogen werden, wofür damals außer den Rechtssozialisten auch ein Teil der Demokraten gestimmt hat. Jetzt haben es aber die Demokraten mit der Angst zu tun bekommen, und sie, die sonst bei jeder Gelegenheit das Wort von der Demokratie im Munde führen, bekämpfen heute mit einer Heftigkeit ohnegleichen die mit ihrer Zustimmung beschlossene Fassung des Gesetzes. Die Frau soll von jetzt an auf einmal nicht mehr berufen sein, das Schöffen- und Geschworenennamt ausüben zu können! Von besonderem Reiz war es, die „Demokratin“ Lüders gegen die Gleichberechtigung der Frau kämpfen zu sehen. Ihr Fraktionskollege, der Chemnitzer Landgerichtsdirektor Brodau, suchte durch einen heftigen Wortschwall den Umfall seiner Fraktion zu beschönigen, aber vergeblich. Auch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei sandten zwei Frauen auf die Tribüne, die gegen die Gleichberechtigung der Frauen mit allen möglichen Spitzfindigkeiten kochten.

Es war überflüssig, daß der Deutschnationale Graefe ausdrücklich erklärte, seine Fraktion sei gegen die Zulassung der Frau zum Richteramt; trotzdem hat sie die Resolution unterschrieben, die die Regierung auffordert, bald eine Vorlage zu unterbreiten, wonach den Frauen der Zugang zum Schöffen- und Geschworenennamt eröffnet wird. Diese Resolution ist nur Sand in die Augen der Frauen; sie soll verhindern, daß die Frauen dahinter kommen, daß sie von ihren eigenen Geschlechtsangehörigen als minderwertig eingeschätzt werden. Der Reichsjustizminister Dr. Heintze unterstützte lebhaft die frauenfeindlichen Rednerinnen und empfahl die Resolution zur Annahme, wobei er bemerkte, die Regierung werde die Vorlage so bald als möglich einbringen. Unser Genosse Dr. Rosenfeld erwiderte ihm, er habe

ja gut versprochen; wer wisse, wie lange Dr. Heintze noch weiter sei.

Mit besonderem Nachdruck wandte sich Genossin Fleß gegen die frauenfeindlichen Volkserzieherinnen und zerzauste ihre Reden ordentlich. Auch die rechtssozialistische Abgeordnete Pfütz wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die Herabwürdigung der Frau.

Um die Namen der Gegner der Gleichberechtigung für die Zukunft festzuhalten, wurde beantragt, daß namentlich abgestimmt wird. Das Ergebnis war, daß die Bestimmung über die Gleichberechtigung wieder gestrichen wurde. So hat der Rücktritt in Deutschland wieder ein Triumph zu verzeichnen, der um so schärfer hervortritt, als es bekanntlich heute schon Staaten gibt, in denen die Gleichberechtigung der Frau auch in der Rechtsprechung durchgeführt ist. Die Resolution der bürgerlichen Parteien wurde daraufhin angenommen. Kommt die Vorlage, dann kann der Tanz von neuem beginnen.

Es wurde dann noch die Beratung über das Wirtschaftsministerium begonnen, wobei der rechtssozialistische Redner eine gar gewaltige Pause gegen Sinnes hielt.

Der lebende Leichnam.

Der Vormärts erwartet etwas von dem Bureau der sogenannten 2. Internationale. Er ist durch die Hinweise der Internationalen sozialistischen Konferenz in Wien auf die Ohnmacht dieses Toros peinlich berührt, und er kann nicht umhin, zuzugeben, daß wir recht haben, wenn wir die Unvereinbarkeit der Haltung der belgischen Sozialisten-Minister in der Wiedergutmachungsfrage bezug auf dem jetzigen Gewaltvorgehen der Entente mit internationaler proletarischer Solidaritätspflicht feststellen. Nach dem Vormärts drängt sich jetzt die Frage auf: „Was sagen hierzu die belgischen Sozialisten und vor allem die vier Sozialisten, die Mitglieder der belgischen Koalitionsregierung sind, Vandervelde, Destrees, Pauwels und Ansele?“ Nachdem er zu diesem andern mit Rücksicht auf das schwere Unrecht, daß das kaiserliche Deutschland am belgischen Volke begangen, geschwiegen habe, sei jetzt das Maß voll. Und nun also erwartet der Vormärts von dem Bureau der Internationale, „daß es zur Wahrung seiner eignen Resolutionen und der Ehre der 2. Internationale, die noch immer der mächtigste von allen dreien ist, die nötigen Schritte aus dem Vorkommen der belgischen Partei, oder vielmehr der einzelnen verantwortlichen belgischen Parteigenossen zieht, denn wir wissen sehr wohl, daß es in der belgischen Partei viele Genossen gibt, die diese Haltung auf das schärfste verurteilen“.

Das unglückliche Bureau der sogenannten 2. Internationale in Amsterdam wird ob dieser Aufforderung in arge Verlegenheit geraten. Soll es die belgischen Sozialisten auffordern, ihren vier Ministern das Vertrauen zu entziehen und sie aus der Regierung abzurufen? Es dürfte sich das zweimal überlegen. Denn der voraussichtliche Mißerfolg dieser Aufforderung würde die Blamage der angeblichen Internationale noch verschlimmern, würde ihre völlige Unfähigkeit zu einheitlicher Aktion noch deutlicher ins grelle Tageslicht stellen. Und mit der Berufung auf die Resolutionen ist's überhaupt so eine Sache. Denn sie sind nicht umsonst in der bekannten Kompromißfassung, die unter diesen auseinanderstrebenden Parteien allein möglich ist, so dehnbar und unbestimmt gemacht worden, daß es den Belgier nicht schwer fallen wird, ihre Haltung mit irgendeiner Auslegung gerade dieser Resolutionen zu rechtfertigen.

Im übrigen, wenn der Vormärts schon einmal anfangen will, für die Ehre der sogenannten 2. Internationale einzutreten, dann wird er sich nicht bloß mit der Rettifizierung der Belgier begnügen dürfen. Glaubt er etwa, daß das Verhalten der tschechischen und polnischen Sozialisten, die dem Genfer Parteiverband angehören, gegen die nationalen Minderheiten mit internationalen Pflichten eher zu vereinbaren wäre, als das Verhalten der Belgier? Der Vormärts soll sich nicht auslassen lassen. Diese sogenannte 2. Internationale hat Ehre, Ansehen und Aktionsfähigkeit längst verloren. Sie ist nur noch eine Karikatur auf den Gedanken einer proletarischen Internationale, in der weder Sozialismus, noch Internationalität zu finden ist.

Ein lebender Leichnam, der sobald wie möglich verscharrt werden muß.

Die Vertagung des Aulock-Prozesses

Wie wir gestern bereits kurz gemeldet haben, ist der Prozeß gegen die Folterknechte von der Aulockbande von dem Breslauer Gericht plötzlich vertagt worden. Wertwüdigermesse ist auch heute über die Ursache dieser aussehenerregenden Vertagung noch nichts bekannt. Ebenfalls wird berichtet, auf wessen Veranlassung der Prozeß vertagt worden ist. Der ganze Vorgang ist in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Soll die Vertagung des Prozesses vielleicht die schon einmal von der Verteidigung geforderte Annullierung der Verbrechen einleiten? Nach den bisherigen Leistungen der neudeutschen Justiz auf diesem Gebiet ist ja wohl kein Ding mehr unmöglich. Jedenfalls hat die Öffentlichkeit, die mit Schaudern und Entsetzen die Feststellungen über die Schandtaten der vertierten Soldateska gelesen hat, das größte Interesse daran, daß der geheimnisvolle Schleiher gelüftet wird. Sie muß deshalb unbedingt verlangen, daß man offen erklärt, was mit der plötzlichen Vertagung beabsichtigt wird.

Ueber den letzten Verhandlungstag ist noch folgendes nachzutragen:

Die Vernehmung des Zeugen Fiebach aus Leerbeute bei Breslau, hatte besonderes Interesse. Schon lange vor dem Kapp-Putsch waren auf seiner Festung eine Anzahl Aulock-Soldaten da ten und Offiziere untergebracht. Er mußte gegen die Leute aber Beschwerden führen, weil sie sich nicht gut führten. Die Soldaten wurden dann auch aus dem Quartier entfernt. Am 17. März früh 7 Uhr, wurde Fiebach von einer Anzahl Aulock-Soldaten auf seiner Festung verhaftet. Der Grund zur Verhaftung wurde ihm nicht mitgeteilt. Als der Zeuge bei der Verhaftung, die er nicht für Ernst nahm, frag, warum man einen solchen Scherz mit ihm mache, wurde er angeschrien, und schließlich wurde ihm mitgeteilt, daß eine schwere Sache gegen ihn vorliege. Die schwere Sache sollte darin bestehen, daß er sich mit dem Stadtbaurat Berg (Sozialist) telefonisch unterhalten habe. Fiebach erklärte, das sei eine Lüge, da er den Stadtbaurat überhaupt nicht kenne. Sofort wollte ein Offizier auf ihn einschlagen, doch sprang ein anderer Offizier dazwischen. Mehrere Stunden mußte Fiebach so dann mit dem Gesicht nach der Wand in seinem Zimmer stehen. Die Ehefrau des Fiebach hatte sich inzwischen mit einem Umwall in Verbindung gesetzt und es wurde eine Kaution von 30 000 M.

von einem Bankhaus Jagar eine Summe von 100 000 Mk. für seine Freilassung geboten. Aber es kam nicht hierzu. Dagegen soll Oberleutnant Kulak gesagt haben, Gleichwohl solle der Truppe 2000 Mark schenken, dann würde seine Freilassung erfolgen. Während er an der Wand stand, trat ein Soldat an ihn heran und rief aus: „Siehst du, du Lump, jetzt bist du in unserer Gewalt, jetzt entkommst du uns nicht mehr!“ Diese Äußerungen hat nach Angaben eines Postens Biskup getan.

Der Buchdrucker Müller wurde am 17. März vor der Hauptpolizei verhaftet, weil er ein Plakat abdrückte. Zuerst wurde er im Postamt gefesselt und mit Handgranaten besetzt, ebenso mit einer Keilspitze, in der Stachel gewirren sind. Im Generalkommando will der Zeuge auch von Walter geohrfeigt worden sein. Landgerichtsrat (Untersuchungsrichter) Paschke erklärte die Voruntersuchung sei nicht parteiisch geführt worden. Zu einer politischen Partei bekenne er sich überhaupt nicht. Er bestreitet, in Biskups Gegenwart einen Stuhl zerhackt zu haben, und von einem Gerichtsdiener zur Ruhe ermahnt worden zu sein.

Der Bahnbeamte Urbanek wurde am 16. März ohne jeden Grund in der Nähe des Hauptbahnhofes mit seinem Freunde, dem Mechaniker Soawitcho, festgenommen. Beide wurden dann zur Hauptwache des Hauptbahnhofes gebracht und dort gleich schwererbeschädigt mißhandelt. Der Zeuge Urbanek hat dort den anwesenden Offizier um seine Entlassung, er sei seit 15 Jahren Bahnwärter. Der Offizier rief ihm die Worte zu: „Halt die Fresse, sonst kriegst du noch eins.“ Dann ging es zum Generalkommando. Sein Freund habe auf die Frage des Offiziers nicht geantwortet, weshalb er einen Hieb mit einem Gummistock über den Schädel erhielt. Der frühere Aufod-Soldat, technischer Zeichner Georg Klose, will niemals bemerkt haben, daß im Generalkommando Leute mißhandelt wurden. Er schildert den Angeklagten Walter als ein Vorbild der Soldaten, der die Soldaten vor Mißhandlungen warnte. Einmal habe er im Generalkommando eingekerkerte Leute gesehen, die schwer verletzt waren, aber bereits mit Verletzungen eingekerkert wurden. Der Student der Nationalökonomie Grothaus-Wilburg war zeltweise in Klinker-Offizier bei der Aufodtruppe. Er verhöre die Einvernehmen im Nachhinein und gibt an, daß Leute nach seinem Willen mißhandelt worden seien. Er habe dies oft mit Erfolg verhindert. Auch in den oberen Räumen seien Leute nicht gut behandelt worden. Ob sich die Angeklagten bei diesen Mißhandlungen beteiligt hätten, wisse er nicht. Daraus wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Am Sonnabend wurde noch eine Reihe sogenannter Entlassungszeugen vernommen. Wie immer bei solchen Vorgängen, wollen diese Zeugen von Mißhandlungen nichts gesehen haben. Vor allem nahmen sie die Offiziere in Schutz, denen sie nachsagten, sie hätten die Mannschaften vor Ausschreitungen gewarnt und ihnen wiederholt Befehle gegeben, die Gefangenen „menschlich“ zu behandeln. Einige frühere Offiziere schrieben die Schuld an den Ausschreitungen der Presse zu. Diele habe gegen die Truppen fortwährend „gehetzt“ und die Soldaten dadurch in „große Erregung“ versetzt. Der Zeuge Leutnant Ullrich, darüber befragt, warum die Gefangenen besonders nach dem 17. März schweren Mißhandlungen ausgesetzt waren, antwortete, daß die Gerechtigkeit der Leute nach dem Nidtritt der Approprierung sehr stark gewachsen sei. Die Truppe sei aber im übrigen äußerst diszipliniert (!) gewesen, habe eine tadellose Haltung (!) an den Tag gelegt, und das sei auch von der Regierung anerkannt worden, die wiederholt erklärt habe: Eine so stramme Truppe habe es seit der Revolution noch nicht gegeben. Die Aufodtruppe wurde gerade wegen ihrer „Verdienste“ von der Regierung ins Ruhrgebiet entsandt und hat dort den Morbstaten und Verbrechen in Breslau eine Reihe weiterer Scheußlichkeiten angerichtet. Die sogenannten Entlassungszeugen stehen in einer Front mit den Angeklagten, die den Zeugen, die mißhandelt worden sind, immer wieder entgegenzuhalten wagen, sie, die Angeklagten, hätten sich durchaus korrekt betragen und keinerlei Ausschreitungen begangen. Wir haben es also wiederum mit einer militärischen Abzweigung zu tun.

Die übrigen Zeugen erkannten jedoch in den Angeklagten übereinstimmend ihre Peiniger wieder. Kreuzerhörte konnten sie von ihren Behauptungen nicht abbringen, die Angeklagten wurden immer stärker belastet. Es ist noch nachzutragen, daß die Wände der Folterkammer im Generalkommando mit Nägeln besetzt waren, gegen die die Gefangenen gestoßen wurden. Ein Kriminalwachmeister, der die Folterkammer acht Tage später besichtigte, stellte Blutspitzer an den Wänden und Hautteile an den Nägeln fest.

Die Regierung und das Reichswehrministerium, insbesondere die Herren Gexler und Seede, werden im Reichstag noch dafür zur Verantwortung gezogen werden müssen, daß sie dieses barbarische Schicksal, nachdem der Streik in Breslau mißlungen war, zur Niederdrückung der Arbeiterbewegung ins Ruhrgebiet entsandten. Die Regierung hat wiederholt versichert, es würden bei den Operationen im Ruhrgebiet nur versorgungstrenne Truppen verwendet. Tatsache ist, daß den Ruhrarbeitern der Wscham der Soldateska auf den Hals gehetzt wurde. Die Regierung hat also den Reichstag und die Parteien in größtmöglicher Weise angelogen, sie muß dafür noch Rede und Antwort stehen.

Klassenjustiz.

In dem ozeanischen Landfriedensbruchprozeß im Juli 1920 wurden 40 Arbeiter zu insgesamt 75 Jahren Zuchthaus und 54 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil hatte damals selbst in den bürgerlichen Kreisen Aufsehen erregt. Deshalb war unsere Parteipresse nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, scharfe Kritik daran zu üben. Unser Zeiter Parteiblatt, der Volksbote, hatte das Urteil als Ausschlag der Klassenjustiz und als Schandurteil bezeichnet. Deshalb mußten sich jetzt die beiden Redakteure, die Genossen Lenner und Bergholz, vor der Raumburger Strafkammer wegen Beleidigung der Richter verantworten. Das Gericht hat Lenner zu drei, Bergholz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sogar sechs und neun Monate beantragt. Nachdem sich so das Raumburger Gericht selbst belächelt hat, daß es keine Klassenjustiz ist, wird wohl niemand mehr an der Richtigkeit dieser Feststellung zweifeln.

Die Unruhen in Rußland.

Beschließung Kronstadts und Petersburgs.

O. E. Tertoff, 7. März (abends). In Tertoff, diesem Petersburg zunächst gelegenen Annißchen Grenzort hatte der Korrespondent des N.-E. Press heute Gelegenheit, genaue Informationen darüber einzusehen, daß in Petersburg zahlreiche regierungstreue Truppen zusammengelassen sind. Die Fabriken stehen nach wie vor still. Vor dem Bombardement Kronstadts veröffentlichte die Sowjetpresse das von den Matrosen von Trocki gestellte Ultimatum, und überredete sie, sich zu ergeben, da der Zustand doch damit enden werde, daß General Rosolowski entlassen und die Matrosen die Leidtragenden sein würden. Am 6. März, 8 Uhr abends, war die Frist des Ultimatus abgelaufen. Die heute erlassenen Petersburger Sowjetkündigungen ein schonungsloses Vorgehen der Regierung gegen die aufständischen Matrosen an. Am Tage begann die regierungstreue Artillerie der Küstenfestung Krasnaja Gorka das Bombardement Kronstadts. Bei der eben einbrechenden Dunkelheit dauert das Geschützfeuer an.

O. E. Tertoff, 7. März. Nach den letzten aus Rußland eingetroffenen Nachrichten ist es der Sowjetregierung bis zur Stunde noch nicht gelungen, den in Kronstadt ausgebrochenen Matrosenaufstand, der sich angeblich nicht gegen das Sowjetregime als solches, sondern nur gegen die kommunistische Vorherrschaft wendet, zu liquidieren. Das Gericht von der Verhaftung Sinowjews ist bisher nicht besichtigt. Ein Moskauer Funkpruch bezeichnet die

Sache in Petersburg als zülig. Die Stadt ist in Bezirke eingeteilt. In jedem Bezirk gibt es drei Personen bestehendes Tribunal mit einem Diktator aus. Auch über Moskau ist der Kreiskommandant ernannt. Zum Oberbefehlshaber ist Muralow ernannt. Die telegraphische Verbindung der heutigen Sowjetvertretung mit Moskau ist nicht unterbrochen. — Eine hier vorliegende Moskauer Drahtmeldung schildert die Lage in Kronstadt als verzweifelt, da unter den Aufständischen Uneinigkeit in politischen Fragen herrsche. Als Hauptanführer des Kronstädter Aufstandes werden der Genosse Sergej, Kapitän Buzen, Priester Butulin, der Schreiber Petrichenko, der Matrose Beresjewa und der Ingenieur Orlischew genannt. Die Brüder des Generals Rosolowski sind in Petersburg von den Sowjetbehörden verhaftet worden. Die Lage kompliziert sich noch dadurch, daß gegenwärtig ein harter Zusatz weißgardistischer Elemente aus Finnland nach Sowjetrußland strömt. Eine offizielle Moskauer Meldung enthält scharfe Angriffe gegen die Petersburger „Parteilosen“, die angeblich neue Aufstandsvorwürfe vorbereiten. Die Lage ist sehr ernst.

Stockholm, 8. März. Nordiska Presscentralen meldet aus Selsingfors: Laut Meldung des Finnska Kollaborans aus Nyborg hat Kronstadt am Montag nachmittags 4 Uhr angefangen, Petersburg zu bombardieren. Ansehend ist die schwerste Artillerie der Festung in Tätigkeit. Kronstadt wird von den Batterien bei Systerbe, Renonema und Taboroka bombardiert.

Berlin, 9. März. (Eig. Drahtmeldung der V. B.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus Kopenhagen: Laut Telegramm der Volkstimen aus Helsingfors belagen die Besatze aus Petersburg, daß große Teile der Stadt von den Aufständischen erobert seien. Straßenkämpfe sind unter Anwendung von Maschinengewehren im Gange. Im Artilleriekampf haben die Antihöfswilligen die Oberhand. Nachdem sich die Festung Krasnaja Gorka definitiv an Kronstadt angeschlossen hat, wurde die Festung Sibirsk zum Schwelgen gebracht. In einer Proklamation erklären die Matrosen, daß sie entweder gegen die Besatze kämpfen oder unter den Trümmern Kronstadts zugrunde gehen wollen. Kerenski wird dieser Tage in Kewal erwartet. Aus Wibora wird berichtet, daß das Bombardement von Petersburg die ganze Nacht andauerte. Seinen Höhepunkt erreichte es heute morgen zwischen 4 und 6 Uhr, als sämtliche Festungen in Aktivität waren. Zwischen den Festungen Kronstadt und Moskau findet eine heftige Volemik statt. Moskau beschränkt sich nicht mehr darauf, den Mitteilungen aus der weißen Festung entgegenzutreten, sondern hat eine direkte Gegenoffensive aufgenommen.

Befürchtungen der Polen.

O. E. Warshaw, 8. März. Die Möglichkeit eines etwaigen Erfolgs der russischen Generevolution weckt hier wiederholende Erwartungen. Innerpolitisch würde dies infolge der zu erwartenden Schwächung der kommunistischen Umtriebe eine Entlastung bedeuten. Außenpolitisch jedoch würde der Rigaer Frieden in Frage gestellt werden. Bei der entschiedenen Ablehnung, welche die im Rigaer Krieges durchgeführten polnischen Gebietsveränderungen nach Osten seitens der russischen Antihöfswilligen haben, erscheint dies hier als nicht unbedenklich. Die kleine Warschauer polenfreundliche Ruffengruppe fällt hierbei wenig ins Gewicht. Immerhin unternahm die Witos-Partei Verhandlungen mit Saminow, dem Rabatten Wankel, dem Volkssozialisten Danjny und den führenden Sozialisten, Balar und Wortugalow, die sich verpflichteten, die gegenwärtigen polnischen Tatsachen anzuerkennen. Auf der Rigaer Konferenz ist von diesen Erwägungen noch nicht zu merken. Der Korrespondent der Kiewerpolita meldet, daß Joffe weiterhin keine Bereitschaft zu einer Beilegung der Beratungen zeigt. Die beiden Hauptfragen, die Goldfrage und die Rückführung des rollenden Materials, sind für den Schluß der Rigaer Verhandlungen zurückgestellt. Der Termin für den Beginn der Revaler Verhandlungen Joffes mit Rumänien ist verschoben worden.

Besetzung Balums durch die Kemalisten.

U. London, 8. März. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die kemalistischen Truppen Balum besetzt haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Konferenz der sächsischen Gewerkschaften.

tagte am 6. März im Chemnitzer Volkshaus. Die Konferenz beschloß zunächst die Anstellung eines Landessekretärs. Schenker-Chemnitz hielt einen instruktiven Vortrag über die Arbeiterrechtsverhältnisse, über deren notwendigen Ausbau und schiederte anschaulich den Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse. Der Referent legte der Versammlung eine Entschließung vor, die gegen die Verschlechterung des Arbeiterrechts und Arbeiterzuges insbesondere gegen alle Bestrebungen, den Achtstundentag abzuhängen, protestiert. Eine zweite Entschließung beschäftigt sich mit der Gewerkschaftsaufsicht und lautet wie folgt:

„Die Konferenz der Gewerkschaften Sachsens sieht bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Gewerbeaufsicht und der oberen Verwaltungsbehörden, denen die Ausführung und Überwachung des Arbeiterrechts und der Arbeiterschutzbestimmungen obliegen, keine hinreichende Gewähr für die Ausführung und Auslegung dieser Bestimmungen in sozialem Geiste, wie sie dem Rechtsempfinden der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung entspricht.“

Die Konferenz fordert deshalb von der Regierung des Reiches:

1. Die Durchsetzung der leitenden Beamtenstellen bei den oberen Verwaltungsbehörden mit Vertretern der Arbeiterklasse, denen praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Seite stehen, und die sich allein in Ausübung ihrer Tätigkeit auf das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung stützen können.

2. Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Gewerbeaufsicht in erster Linie durch Vorschlagsrecht bei Besetzung der leitenden Stellen mit Vertretern der Gewerkschaften, die zunächst durch jahrelange praktische Erfahrung im gewerblichen Leben dazu befähigt sind, in dem Sinne eines fortschrittlichen Arbeiter- und Arbeitereinsatzes zu wirken, und Aufhebung aller landesgesetzlichen Einschränkungen hierzu.

3. Einstellung von Gewerbeaufsichtsbeamtinnen bei jeder Gewerbeinspektion nach Vorschlägen der Gewerkschaften zur Pflege eines zweckmäßigen Säuglings-, Kinder- und Mutterschutzes und zur Durchführung der Arbeiterinnenbeschützungen.

4. Aufstellung von Richtlinien zur Durchführung aller gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterrechts und des Arbeiterschutzes in Sachen unter gemeinschaftlicher Mitwirkung und Einwirkung von Vertretern der Gewerbeinspektionen der größeren Gewerkschaften und Arbeitersekretariate in Sachen.

5. Des weiteren fordert die Konferenz Aufnahme des Arbeiterrechts der Sozialversicherung und der sozialen Rechtspflege in die Lehrpläne aller höheren Lehranstalten und Heranbildung der Betriebsräte zu Wirtschaftsorganen durch Schaffung einer besonderen Landes-Arbeiterakademie.“

Beide Entschließungen wurden nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen.

Neben das Thema: Die Einheit in den Gewerkschaften sprach alsdann Tempel, Dresden. Er schilderte in großen Umrißen die Entstehung und die Kämpfe der Gewerkschaften und behandelte hierauf eingehend das Moskauer Diktat und seine Tendenz, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der kommunistischen Partei untertan zu machen. Er betonte, alle Spaltungsbestrebungen seien scharf zu bekämpfen und legte eine Resolution vor, die die Moskauer Taktik ablehnte, und in der es heißt:

„In züchtiger Erkenntnis dieser Methoden und der durch sie bedingten Folgeerscheinungen lehnt die Konferenz diese Tätigkeit als in höchstem Maße organisations- und arbeitserföndlich ab. Sie begehrt die entsprechende Stellungnahme und das Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie einzelner Verbände und fordert alle Gewerkschaften auf, der kommunistischen Tätigkeit in der entscheidenden

den Weise entgegenzutreten. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht zum Tummelplatz politischer Parteien und Anschauungen werden.“

Wer die in demokratischer Weise gefassten Beschlüsse konsequent mitmacht, Methoden und Taktik nach von Aufstrebendem anbelehnter Art einzuführen versucht und so die Gewerkschaften in ihren Aufgaben in der schwersten Weise hindert, stellt sich damit selbst außerhalb derselben.

Die Gegenwart stellt große Aufgaben an die Gewerkschaftsbewegung. Immer mächtiger wird der Ansturm des Unternehmertums. Nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird die ihr gestellten Aufgaben zu lösen vermögen.“

Die Resolution wurde mit allen nichtkommunistischen Stimmen angenommen.

Eine kommunistische Resolution, die das Vorgehen der Gewerkschaften gegen die Anhänger der 3. Internationale verurteilt und zum Ausdruck bringt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes ausbauen wollen, wurde gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Die Antwort des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Buchhändler.

Währenddem unferleits die vor einigen Tagen hier vorgegebene Notiz „Eine Kampfanlage der Leipziger Buchhändler“ an die Presse und bereits zum Abdruck gelangt, erreichte die am Tagherauf beteiligten Organisationen ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Buchhändler, Ortsgruppe Leipzig, aus dem wir den folgenden wesentlichen Inhalt wiedergeben:

Wir kommen zurück auf die mit Ihnen am vergangenen Dienstag, dem 22. Februar 1921, geführte Verhandlung und erlauben uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir die von Ihnen über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse gemachten Ausführungen erneut eingehend geprüft haben. Als Ergebnis müssen wir nach wie vor daran festhalten, daß bezüglich der Kosten der Lebenshaltung tatsächlich schon seit längerer Zeit ein Rückgang zu verzeichnen ist. Gleichwohl erklären wir uns bereit, von einer Abänderung des mit Ihnen abgeschlossenen Tarifs vom 24. Aug. 1920 einschließlich der Zulagenvereinbarung vom 8. Dez. 20 zur Zeit abzusehen und damit auf einen Abbau der mit Ihnen vereinbarten Teuerungszulagen zunächst zu verzichten, sowie den Tarif, falls dies Ihnen erwünscht erscheinen sollte, auf weitere 3 Monate — also bis 30. 6. 21 — zu verlängern.

Wit den vorstehenden Zeilen sprechen also die Unternehmer nunmehr einen Verzicht auf den geplanten Gehaltsabbau aus, glauben aber an den bestehenden Tarifen, deren Unzulänglichkeit die Angelegenheit heute noch betont, festhalten zu müssen.

Wenn sich in der Angelegenheit des Buchhandels ob der geplanten Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes, wie sie in seinem Rundschreiben zum Ausdruck kommen, eine starke Erregung bereits geltend gemacht hat, so tragen die Unternehmer selbst Schuld daran.

Eine tatsächliche Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten würde ihnen zeigen, daß an einen Abbau der Gehälter, die das Existenzminimum nicht erreichen, gar nicht gedacht werden kann.

Die Angestelltenchaft hat inzwischen die ihr als berechtigt erscheinenden Forderungen eingereicht.

Ma-Bund
Zentralverband der Angestellten.

Bezirk Leipzig, Braultr. 17.
Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- u. Zeitungsgewerbes.

Zur Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Zu einer gutbesuchten Versammlung beschäftigten sich die Mühlenarbeiter Leipzigs, Borna, Burgau, Began und Bad Nauha mit dem Stand der Lohnbewegung. Die Mühlenarbeiter erbatte auf die zur Zeit bestehenden Löhne eine Zulage von 20 bzw. 10 Mk. pro Woche. Es wurde dabei bemerkt, daß es nunmehr in den Händen der Mühlenarbeiter liegt, den Schiedspruch anzunehmen oder abzulehnen. Die Lage solle aber schwerer dazu zu raten, zum letzten Mittel zu greifen. Es empfahl sich, dem Schiedspruch zuzustimmen. In der Aussprache bemerkte unter anderem der Kollege Meib, im betriebliche der Schiedspruch nicht und er sei für ihn unannehmbar. Den Forderungen der Mühlenarbeiter sei nicht Rechnung getragen worden. Es ging eine Resolution ein, die besagt: „Der Schiedspruch ist abzulehnen und die Betriebsräte der Mühlenarbeiter Sachsens sind zu einer Konferenz zusammenzurufen. Dort soll auf dem Stand der Lohnfrage eine Stellung genommen werden.“ Weiter ging ein Antrag ein, den Schiedspruch anzunehmen. Dieser wurde mit einer geringen Mehrheit angenommen.

Im Anschluß daran gab Kollege Brödnert-Dresden einen Bericht von der Landesgetreidekellerei Sachsens. Er versuchte nachzuweisen, daß die Mitarbeit in der Landesgetreidekellerei im Interesse der Mühlenarbeiter gelegen habe. Es sei falsch, anzunehmen, daß wenn die Unternehmer ganz unter sich dort betreten, für die Arbeiter mitgewirkt werde. Es sei schon besser, wenn wir in den richtigen Einrichtungen Einsicht haben. Hätten wir an allen Stellen die notwendige Macht, würden auch viele Klagen der Mühlenarbeiter verkommen. Auch hier war die Aussprache eine lebhaft und wurde hauptsächlich die ungerechte Verteilung von Getreide an die einzelnen Mühlen kritisiert.

Bauarbeiter!

Die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes nahmen am 6. März den Bericht der Generalversammlung entgegen. Der Jahresbericht, der gedruckt vorlag, wurde gutgeheißen und einstimmig der Verwaltung entlassen. Trotz dem heilten die Kommunisten den Ausschleiden und zur Neumahl wieder vorgeschlagenen Verwaltungsmitteln eine andre Liste entgegen mit der Begründung: Weil sich die Verwaltung nicht zur 3. Internationale bekann, esse sie mit dem Hauptvorstand Hand in Hand. Um aber nicht in eine unangenehme Lage zu kommen, hatten sie drei vom Hauptvorstand ausgeschlossene Kollegen, und einen, der die Vorbedingungen eines Angestellten noch nicht erfüllt hat, auf die Liste gesetzt. Diese Liste wurde von der Generalversammlung abgelehnt und standen somit am Sonntag nur die Ausschleiden wieder zur Wahl. Die Kommunisten verteilten aber die von der Generalversammlung abgelehnte Liste mit dem Bemerkten, daß sie gar keinen Einfluß auf die von der Generalversammlung vorgeschlagene hätten. Sie wollten nur feststellen, wieviel Kollegen mit der Taktik des Hauptvorstandes nicht zufrieden seien. Diese Erklärung, die dann vom Kollegen Dennhardt noch insoweit ergänzt wurde, daß er sagte, nur die von der Generalversammlung vorgeschlagene Liste sei gültig, peranzählte schon über 800 Kollegen. Den Saal zu verlassen ohne Abgabe des Stimmzettels, denn von über 1800 ausgegebenen Stimmzetteln sind nur 1322 abgegeben worden, davon 788 gegen die Taktik des Hauptvorstandes durch Abgabe der Liste der Kommunisten, und 535 von der durch die Generalversammlung beschlossene Liste, und die können aber zum größten Teil auch zu den Gegnern der Taktik des Hauptvorstandes gerechnet werden. Diese haben aber erkannt, daß die Absichten der Kommunisten nach einer ganz andern Richtung gehen. Um für die Liste der Kommunisten Stimmung zu machen, verlas Schilling einen von F. Winkelmüller, Bitterfeld, unterzeichneten gefälschten Brief. Wir kommen darauf an anderer Stelle zurück.
Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Witnung, Bauarbeiter!

Alle diejenigen, die am Sonntag, dem 6. März, von der Fraktion der Kommunisten in verschiedenen Verammlungen einen von Winkelmüller, Bitterfeld, angeblich unterzeichneten Brief zur Verteilung gebracht haben, besitze ich solange als Planer und Verleumder, solange ich nicht die Wahrheit des Briefes nachweisen können.
Hermann Bieltz.

In Brandesbergdorf bei Freiberg streikten 650 Arbeiter der Glitterwerke wegen Lohnforderungen.

**Steckenpferd-
Seife**

die beste Milchnilchseife für zarte weiße Haut

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Helmut Feigener in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Wille, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdrucker-Verbandsdruckerei, Leipzig.
Diese Nummer umfagt 10 Seiten.

Neues Theater.
(Königsplatz Dresden.)
Mittwoch, den 9. März 1921
Der aufsehendste Mensch
3. Weisheit der Welt
Unter Leitung von
Herrn Mann von der Staatsoper
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem

Altes Theater.
(Königsplatz Dresden.)
Mittwoch, den 9. März 1921
Die Jungfrau von Orléans
Eine romantische Tragödie in 4 Akten
In Szene gesetzt von
Herrn Mann von der Staatsoper
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem

Treffpunkt aller bayrischen Landsleute
Morgen **Donnerstag** unser
Drittes Meßballfest
Mein Herz ist im Hochland!
Freundlichst ladet ein
Geschäftsleitung des Volkshauses
Die Baum und Madin in ihren Sonntags-
Gwandeln brauchen kein Eintritt zu zahlen!

SANSSOUCI
Straßenbahn 6-8 Stadtzentrum Eilsterstraße 12
Heute abend 7 Uhr:
Großes Meß-, Sport- und Ballfest
des Radfahrer-Vereins Germania
Achter-Schmuck- u. Kunstrolgen :: Lipsia-Quartell.
Morgen abend 7 Uhr:
Letzter großer Meß-Ball.

Neues Operellen-Theater.
(Königsplatz Dresden.)
Mittwoch, den 9. März 1921
Der letzte Kaiser
Operette in 3 Akten
In Szene gesetzt von
Herrn Mann von der Staatsoper
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem

Leipziger Schauspielhaus.
Mittwoch, den 9. März 1921
Die Jungfrau von Orléans
Eine romantische Tragödie in 4 Akten
In Szene gesetzt von
Herrn Mann von der Staatsoper
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem
Kommunikation mit dem

Staufgeluche
Fr. Glaser
Hauptstädter
Helmweg 48, Tel.
Telephon 1312
H. S. u. D. Garderobe
Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,
Verh. Hausd., Gold- u. Silber-
Waren, usw. ganze Reichhaltigkeit

Warnung an alle Gasverbraucher!
Seit einiger Zeit werden von Haus zu Haus sogenannte **Gassparer** vertrieben, wobei die Verkäufer sich unter Vorzeigung falscher Ausweiskarten als Vertreter unserer angesehenen Gesellschaft ausgeben. Da diese Leute wissen, dass der Name der Thüringer Gasgesellschaft für Güte bürgt, ist es ihnen nur zu oft gelungen, ihre für die Gesundheit gefährlichen Einrichtungen für teures Geld abzusetzen.
Wir erklären hiermit, dass wir **sogenannte Gassparer nicht vertreiben oder vertreiben lassen** weil es sich um Einrichtungen handelt, die **Gas verschwendend** und obendrein alsbald gesundheitlich sehr gefährlich werden können.
Alle Gaskocher, Gasherde, Gasback- und Bratöfen usw., die wir verkaufen, brennen einwandfrei und wirtschaftlich in jeder Beziehung, so dass die Anwendung von Hilfsmitteln überflüssig ist.
Nach erfolgtem Umbau unserer Musterküche werden wir eine Reihe von **Vorträgen und praktischen Vorführungen** für die Bedienung und Behandlung von Gaskoch-, Brat- und Backapparaten veranstalten, wozu wir noch besonders einladen werden.
Inzwischen bitten wir bei Unzufriedenheit mit der Wirkungsweise von Gasapparaten unsere Firma mit Beseitigung der Mängel zu beauftragen.

THÜGINA
JNSTALLATIONS-ABTEILUNG der THÜRINGER GASGESELLSCHAFT
LEIPZIG
Ditttrichring 15. Fernr. 3985/4685/9034/60332 Eisenbahnstr. 134.

Kaufe
Silber-Geräte
Goldwaren
Uhren - Platin
Reichhaus-Gehäuse
M. Israel, Uhrmacher
Bismarckstr. 5, 2b.

Zahngelüste
Gold- u. Silberwaren
Platin - Brenntüte
Kupfer, Rotang, Blei
Messing, Zinn, Zink
u. w. Metallarbeiten
Kaufmann
Schulze & Weise
Bismarckstr. 58
Tel. 15492

**Kupfer, Blei
Messing, Zinn**
Kaufmann
Bismarckstr. 58, 1.

Verkäufe
Hemden f. Herren 25.-
Hemdentuch u. Krawatte m. 10.-
Hemdenbartheit . . . m. 11.-
Anlekt . . . m. 25.-
Bettzeug u. Kissen . . 130.-
Barchent-Bettuch . . 22.-
mit 11. Fellein . . St. 5.-
Kleiderhandtücher . . St. 5.-
Kochartenstr. 29. I. 1.

Drei Länden
Täglich abends 8 Uhr
Der größte Varieté-Erfolg der Saison
9 wirkliche Welt-Attraktionen.
Gastspiel Francardi
der erfolgreichste Verwandlungskünstler der Welt.
Ein Weltwunder an Vielseitigkeit.
Morues Porträtmaler auf Zerst.
Forrester Neumeyer das vorzügl. Gesang- und Tanz-Duett.
Nach vielen Jahren das erste Mal in Leipzig!
Kapitän Nansens dressierte Seelöwen
Der Gipfel der Dressur.
Käte Adolmann die bekannte Xylophon-Virtuosin.
Ward der Mann ohne Nerven.
Rudolf Mälzer Deutschlands bester sächsischer Komiker.
4 Montijos-Uessesms die besten Universal-Artisten der Welt.
Zwei Palermos in ihrem feinkomischen Elastik-Akt.
Opt. Berichterstattung der Drei Länden.
Vorverkauf: Ingoskassa (Tel. 43548), Th. Althoff, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heino-Str.

Mess-Tanzpalast
Felsenkeller.
Linie 2 und 3. Karl-Heino-Strasse 32
Morgen Donnerstag 7 Uhr:
Der führende Ballabend
„Spiel und Tanz — im Frühlingsglanz“
mit dem entzückenden Ausstattungsreigen
„Frühlingskinder“
Ballmusik: Leipzigs bestes Tanzorchester.
Mess-Tanzpalast-Betrieb
tonangebend und allen voraus.

Kreide/Leim/Farben/Gips
Zement/Anstrich/Pinsel/Schablonen
Fußbodenfarben u. Lacke/Tormentin
Firn
kauft man vorteilhaft b. Folst, Rödelstr. 12. Tel. 40993
Straßb. u. S. Farbennachf. d. Wunsch entspr. 12

Für Kommunen!
Konsum-Bereine!
Gelegenheitsposten ca. 5000 Stück
140 x 190, erheblich unter
Fabrikpreis!
Schlafdecken mit 21⁰⁰
M. Zippel, Neustadt-Orla.
Bis Freitag Textilmehhaus Reichel, Stand 172.
Abonnenten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Interenten der Leipziger Volkszeitung

H.-Hemden 22 u. 36 Mt.
Arbeits-Hemden, 10 Mt.
Reudnitz, Frommannstr. 12.
Dedert, Wäscheleinen, Bier- u.
Schneepfl., Schaufeln, Bord.,
Zigaretten, Kaffee, ar. War.,
Schiff, ar. W., Schlachtst.,
D. W., ar. W., Dede zu verk.,
Vind., Schadowstr. 11. pt. r.
Alle Musik-Zuginstrumente

Fahrräder
neu, u. wie neu vorgerichtet.
Fahrrad-Zubehör
größte Auswahl allerbilligst
Beyer Rantstädter 33
Steinweg
Gebr. Rad. f. neu, bill. zu verk.,
Pl., Reudnitz Str. 12. II. lfs.

Wollgarne
Zw. rne
Strümpfe
Kurzwaren
Hemden
an Händler billig abzugeben
Frenberghaus 24,
Erdbeisch.

Alteins Theater.
Mittwoch, den 9. März 1921, nachm. 5 Uhr
Reigen.
Sechs Dialoge von Arthur Schnitzler.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Robert Wiet.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 7 Uhr.
Abends 8 Uhr
Gastspiel Paul Wilhelm Müller.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schauspiel in 4 Akten von Franz und Paul von Schöthan.
In Szene gesetzt von Alfred Appel.
Gastspiel E. W. Müller, nachm. 5 Uhr. Reigen. Abends 8 Uhr.
Gastspiel E. W. Müller, nachm. 5 Uhr. Reigen. Abends 8 Uhr.
Gastspiel E. W. Müller, nachm. 5 Uhr. Reigen. Abends 8 Uhr.
Die Halle ist geöffnet vormittags von 10-2 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11-2 Uhr.
Vorverkauf bei G. H. Cöppens, Veterinärstr. 15, und August Kollisch.

Baltenberg
Fernruf No. 1370.
Varieté. Anfang 8 Uhr
Gastspiel
Paul Beckers
Der grosse Lachs- und
Der vertauschte Anton.
Im 2. Akt
Varieté-Spezialitäten.
Vorverk. Ingoskassa u. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Gummi-Klose
Leipzig, Hainstr. 17
Spezial-Haus
für modernen
hygienischen
Bedarf

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. März.

Parteiangelegenheiten.

Mit-Leipzig, Bezirk Süden. Dienstag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärsführung im Südtunnel, Südstraße 25. Die Bezirksvertreter.

Ostbezirk. Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre im Restaurant Grüne Aue, Bernhardtstraße 28. Vortrag des Genossen Jensen. Der Bezirksvertreter.

Frauenagitationskommission Groß-Leipzig u. S. P. D. Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 9.

Frauenbildungsabend 2. Ost Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Grüne Aue, Bernhardtstraße 28, Vortrag Dr. Hempel.

Sommerfeld-Engelsdorfer-Balsdorf. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Guten Tropfen wichtige Funktionärsführung. - Heute Mittwoch im Guten Tropfen Frauenversammlung.

Neuhäuser Elbbesitz. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärsführung im Restaurant Bahnhof in Gaißwitz. Wichtige Tagesordnung.

Südlicher. Donnerstag, den 10. März, abends 7 Uhr, wichtige Funktionärsführung bei U. Henne, Judelhäuser Straße. Alle Genossen und Genossinnen, besonders die in Kommissionen tätigen, müssen unbedingt erscheinen.

Alle oppositionellen Buchdrucker haben die Pflicht, am Freitag in der Gaunmilchlederversammlung zu erscheinen.

Zusammenkunft der U. S. P. D. Elternräte. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, findet eine wichtige Sitzung aller U. S. P. D. Elternräte der Leipziger Volksschulen im Billardzimmer des Volkshauses statt. Die zu Ostern stattfindenden Neuwahlen der Elternräte machen eine eingehende Aussprache notwendig. Die U. S. P. D. Elternräte werden deshalb dringend aufgefordert, pünktlich zu erscheinen. Parteibuch legitimiert. Die Zentrale.

Gruppenrat 3. Morgen, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gruppenrat 6. Morgen, abends 7 Uhr, Sitzung im Hotel Viktoria, kleines Restaurationszimmer.

Eine kommunistische Demonstration.

Die Kommunisten demonstrieren am Dienstagmittag auf dem Augustusplatz gegen fremde und deutsche Ausbeutung. Anfangs schien es, als ob die Demonstration fast nur von Jugendlichen befruchtet werden sollte. Während der kurzen Ansprachen trafen jedoch noch einige geschlossene Züge ein, so daß sich insgesamt 1500 Mann an der Demonstration beteiligen konnten. Die Redner führten aus, daß es für das deutsche Proletariat auch im Hinblick auf den Ausgang der Londoner Konferenz keine Einheitsfront mit der Bourgeoisie geben könne. Die Einheitsfront müsse von den Proletariern der Welt gegen die Bourgeoisie gebildet werden. Selbstverständlich konnten sich die K. P. D. Männer dabei nicht verneinen, den Unabhängigen einige Hiebe zu verlesen. Mit einem Hoch auf Sowjet-Rußland schlossen die Ansprachen. Die Demonstranten schlossen sich dann zu einem geordneten Zuge zusammen.

Bemerkenswert ist die verschiedenartige Beurteilung der Demonstration. Ein kommunistischer Vertrauensmann, der über den Verlauf der Demonstration und über ihre Stärke gefragt wurde, sagte kleinlaut: „Es ging, es hätte besser sein können.“ Im Gegensatz zu diesem kommunistischen Urteil schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten:

„Schien es anfangs, als würde die Demonstration in mäßigen Grenzen bleiben, so wurde nach und nach der Zug, unter dem sich natürlicherweise auch viele Nichtkommunisten befanden, so groß, daß der Augustusplatz von einer dichten Menschenmenge gefüllt war. Während der Reden trafen noch verschiedene Züge von Kommunisten aus einzelnen Bezirken ein, die sich dann zu einem Umzug formierten. Unter Mitführung roter Fahnen und Schildern mit allerlei Aufschriften bewegte sich der Zug vom Augustusplatz aus am Hauptbahnhof und der Börse vorbei, durch die Katharinenstraße, mitten in das Messegelände hinein. Der Straßenbahn- und Straßenverkehr wurde vollständig lahmgelegt.“

In der Innenstadt kam auch der Messegelände vorübergehend zum Stillstand. Erstere Zwischenfälle waren jedoch nicht zu verzeichnen. Mit Anbruch der Dunkelheit löste sich der Demonstrationzug auf. Nur auf dem Augustusplatz bildeten einige „Unentwegte“ ein paar Gruppen und lachten durch aufreizende Reden die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die „Unentwegten“ - in der Hauptsache blutjunge Burschen - mühten sich von ordnungsliebenden Passanten derbe, aber angeordnete Zurechtweisungen und Belohnungen gefallen lassen.“

Man könnte na annehmen, der Berichterstatter hat das Gedränge der Messtenden, die auf 100 000 geschätzt werden, nicht von der kommunistischen Demonstration unterscheiden können. Aber in Wirklichkeit baut das alldeutsche Heblatt die kommunistische Demonstration absichtlich auf, um damit nationalstischen Interessen zu dienen. Den ohnehin ängstlichen Stiehlitzern soll vor der kommunistischen Gefahr graulich gemacht werden, noch mehr aber soll diese Gefahr im Ausland Eindruck machen. Es sind dieselben Absichten, denen der Aufschlag in Falkenstein zugute kommt.

Konferenz der Erwerbslosen.

Am 23. Februar fand eine Konferenz der Erwerbslosen in der Kreishauptmannschaft Leipzig im Volkshaus zu Leipzig statt. Aus 28 Orten waren 48 Delegierte erschienen, die rund 14 000 Kurzarbeiter und 21 800 Vollerwerbslose vertraten. Hinzu kamen noch eine große Zahl derjenigen, die nach dem berichtigten § 9a nicht mehr unterstützungsberechtigt sind und nunmehr als Hilfslosgenempfänger in Frage kommen. Als Vorsitzende wurden Schmidt, Leipzig und Wittenberg, als Schriftführer Wittig, Leipzig und Müller, Naumburg, als Berichterstatter Wittig, Leipzig über das Arbeitsloienproblem. In seinen Ausführungen vertrat er auf die gewaltige Ausbreitung der Arbeitslosigkeit. In Berlin und im Freistaat Sachsen ist die Arbeitslosigkeit am größten und die Not und das Elend am trübseligsten. In Leipzig hat man an Regierungsstelle kein Verständnis für die Forderungen der Erwerbslosen. Zum 2. Punkt referierte Bruner über die Ausführlingsbestimmungen der Erwerbslosenverordnung. Bekannte Entlohnung löste sich aus als der Redner mittelste, eine Behörde hätte einem Vater mit 86 000 Mark Vermögen nicht zumuten können, seinen arbeitslosen Sohn zu unterstützen, um den Vater nicht in seinem angesagtem Ansehen zu behindern, während eine andere Behörde den Bureaokratismus soweit getrieben habe, daß bei einem Dienstmädchen die Ersparnisse von 700 Mark in Anrechnung gebracht worden seien, und zwar hätte man für die Woche 54 Mk. Binsen von der Unterstützung abgezogen. Der berichtigte § 9a, der den 26-Wochen-Fall behandelt, sowie die Verweisung der Erwerbslosen an den Wohnort von 1914 gaben Anlass zu größeren Ausführungen. Zum Schluß ging der Referent auf die produktive Erwerbsloienfürsorge ein, die in ihrer praktischen Anwendung selbst bei Behörden nicht viel Ertrag verspricht.

An die beiden Referate entspann sich eine kurze Debatte. Genosse Schmidt hat darauf den Geschäftsbericht, der verwies auf die Schwierigkeiten durch den starken Wechsel der Erwerbsloienräte hin. Trotzdem ist es gelungen, durch intensive Agitation in 43 Orten 12 000 Mark zu sammeln. Versammlungen wurden mit Referenten gehalten, Bezirkskonferenzen wurden regelmäßig abgehalten. Ver-

handlungen wurden angebahnt bei den Amtshauptmannschaften und der Kreishauptmannschaft, um Forderungen einzureichen und Härten zu beseitigen. Einheitsliches Vorgehen an gemeinlichen Verhandlungen wurden erzielt. Nur durch einheitliches Zusammenarbeiten war es möglich, die Organisation auf diese Höhe zu bringen. Den Kassenbericht gab Genosse Große, auch hier hat sich erfreulicherweise eine Beteiligung eingestellt und ist zu hoffen, daß sich die Orte auch weiterhin für produktive Forderungsbeseitigung. Die Referate hatten die Kassen geprüft und beantragten Entlastung. Genosse Wittig referierte über Organisation und Agitation, er verwies auf das Organisationsstatut und das Arbeitsprogramm. Forderungen über die Tätigkeit der Erwerbsloienräte in den Gemeinden sind ungenutzt geblieben und kommen in nächster Zeit zum Vortrag. In der Debatte kam mehrmals zum Ausdruck, daß sich von Arbeitervertretern, den Erwerbslosen und deren Vertretungen oftmals ein sehr mangelhaftes Verständnis entgegengebracht wird. Die Vertreter des Bezirks Döbeln ließen sich überzeugen, daß nicht der Aufschlag an Chemnitz, sondern das Zusammenfallen der ganzen Kreishauptmannschaft von Nutzen ist. Ein Antrag Döbeln, die regelmäßige Anerkennung der Erwerbsloienräte zu fordern, wurde gegen eine große Minorität angenommen. Ein weiterer Antrag, daß in allen Gemeinden Forderungen auf Konfirmationsbeihilfen gestellt werden, wird einstimmig angenommen. Ein Antrag auf schnellste Einberufung von Bezirkskonferenzen mit Heranziehung eines Kreisvertreter, findet ebenfalls einstimmig Annahme. Ein von mehreren Orten eingebrachter Antrag, die Delegationskosten dem Kreis aufzuerlegen, wird dahin abgeändert, daß den finanziell schwachen Orten die Unkosten gedeckt werden. Bei der Neuwahl des Kreisrats der Erwerbsloienräte wird als Vortragsmitglied bestimmt. Den engeren Ausschuss stellen 8 Personen bilden, ihre Wahl wird dem Erwerbsloienrat Leipzig übertragen. Ergänzt wird dieser durch je einen Vertreter der 8 Amtshauptmannschaften, und mindestens jeden Monat soll eine Sitzung stattfinden.

Der Verlauf der Leipziger Messe.

Das Meßamt schreibt uns: Die Nachrichten aus London haben, wie sich im Laufe des Dienstag herausstellte, wenig Eindruck auf den Geschäftsverlauf der Messe gemacht. Am Vormittag trat zwar eine gewisse Zurückhaltung ein, aber in den späteren Stunden kam das Geschäft wieder in Gang und hielt sich im wesentlichen in den Bahnen der beiden vorhergehenden Tage, d. h. es wird gekauft und man ist im allgemeinen mit den Abschlüssen zufrieden. Eine ganz bedeutende Besserung erfuhr die Umsätze in der Spielwaren-Industrie. Hier trat besonders das Ausland als Käufer auf. Besucher aus dem Westen, die aus Städten kamen für die Belier-Assefahrt vorliegend, sind abgereist, doch hat das

Drei große

Demonstrations-Versammlungen

finden am Sonntag, den 13. März, in Leipzig statt.

Das internationale sozialistische Proletariat veranstaltet an diesem Tage eine Kundgebung in allen Ländern

gegen die Verschlingung der deutschen Arbeiter gegen den Militarismus

gegen einen neuen Krieg für den Weltfrieden

für die allgemeine Umgestaltung der Friedensverträge

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler sozialistischer Solidarität.

In Massen muß die Arbeiterklasse erscheinen, denn ihr Schicksal steht zur Entscheidung.

Sorgt für eine gewaltige Beteiligung an der Demonstration!

allgemeines Bild dadurch keine Veränderung erlitten. Die Straßen, die Messegelände und die Hallen sind voller Leute. Der Absatz von Messgeländen hat die Zahl 100 000 überschritten.

Auf der Technischen Messe war der Besuch außerordentlich stark. Besonders die Halle für Werkzeugmaschinen weist Besuchern auf, die die der vorigen Messe wesentlich übertrafen. Die Aussteller, die auf Grund der politischen Lage mit beläufigen Hoffnungen nach Leipzig gekommen sind, sind teilweise recht angenehm überrascht durch die Verkäufe, die sie gestern nachmittag und heute getätigt haben. Man rechnet damit, daß das Geschäft hier recht befriedigend entwicklung wird. Große Maschinen und maschinelle Anlagen haben wenig Abhilfe zu verzeichnen.

Auf der Textilmesse läßt sich nach Ablauf der ersten Messtage die Tendenz dahin feststellen, daß die Nachfrage auf einer Reihe von Gebieten erheblich war, daß aber vorwiegend Aufträge kleinen Umfangs erteilt wurden. Der Grund für die Zurückhaltung, die die Käufer trotz offenbar vorhandenen Bedarfs zeigten, ist nicht so sehr in den Preisverhältnissen wie in der politischen Lage zu suchen. Was die Welle angeht, so waren die Fabrikanten und Großhändler zumeist zum Entgegenkommen bereit, aber es kamen, wie in Baumwollwaren, die kurz vor der Messe vorgenommenen Ermäßigungen in Anwendung. Verhiebentlich per sprach man sich von den Verbindungen, die namentlich vom Ausland aus mit den deutschen Verkäufern angeknüpft wurden, gute Ausrichtungen für die Zukunft. So wird aus der Baumwollwaren-Industrie auf schwebende Verhandlungen mit amerikanischen Einkäufern und auf große Nachfrage aus Indien hingewiesen. Auch für Strümpfe und Socken wird Interesse gemeldet. Die Verkäufer in Seidenwaren äußerten sich im allgemeinen nicht befriedigend. Groß war die Begehr nach Trikotsstoffen aus Kunstseide, ihm konnte aber nur schwer genügt werden. Für Regenschirme bestand bei deutschen Einkäufern nur wenig Kaufkraft; vom Ausland, insbesondere von England aus, war sie größer. Der Abbruch der Verhandlungen in London verklärte auf einer Reihe von Gebieten die Zurückhaltung.

Die Gewerbesteuer.

Das Stadtsteueramt schreibt uns: Aus hiesigen Handelskreisen wird die Berechtigung der Gewerbesteuer bestritten, die die Stadt Leipzig jetzt erhebt. Daß die hiesigen Körperschaften sich bei der Entschuldigungsüber die Gewerbesteuer über die Tragweite ihrer Beschlüsse im Irrtum befinden hätten, ist eine Behauptung, die lediglich bei einer Ausloste in der Handelskammer aufgestellt worden ist. Die Bestimmungen des 21. Nachtrags zur Leipziger Steuerordnung über die hiesige Gewerbesteuer sind in enger Anlehnung an den staatlichen Entwurf eines sächsischen Gewerbesteuergesetzes aufgestellt worden und haben nicht nur die Genehmigung der Reichshauptmannschaft, sondern auch die Billigung der Reichsfinanzbehörden gefunden. Ihre Rechtmäßigkeit wird demnach kaum in Zweifel zu ziehen sein. Außerdem läßt sich das Landessteueramt, ein Reichsgebiet, die Erhebung einer Gewerbesteuer ausdrücklich vor. Eine Gewerbesteuer ist also neben der

Reichseinkommensteuer nicht nur zulässig, sondern sie wird neben ihr sogar vorgeschrieben. Chemnitz und andere sächsische Städte haben ebenfalls die Gewerbesteuer eingeführt.

Die Leipziger städtische Gewerbesteuer wird auf das erste Kalendervierteljahr 1921 erhoben und zwar als Betriebsanlage und als Ertragsanlage. Die Betriebsanlage wird mit 10, nach Hundert des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals erhoben, wie es 1919 zur Ertragssteuer verlangt worden ist, jedoch nur dann, wenn dieses 25 000 Mark übersteigt. Kleine Betriebe bleiben also von der Ertragssteuer frei. Die Ertragsanlage wird mit 2 Proz. des Jahresertrags angelegt und zwar in der Regel des 1919 zur Einkommensteuer verlangten Jahresertrags. Wenn auch die hiesige Gewerbesteuer nur auf ein Vierteljahr erhoben wird, so ist doch für die Ertragsanlage der volle Jahresertrag maßgebend und es sind die vollen Sätze - 1/4 Betriebs- und 2 Proz. Ertragsanlage - anzulegen. Das ist in § 401 und 402 des 21. Nachtrags ausdrücklich hervorzuhehen.

Bevor man sich also gegen die Abforderung der Gewerbesteuer wendet, ist anzuraten, die Bestimmungen des 21. Nachtrags genau durchzusehen; sie sind auf der Rückseite der Gewerbesteuerbescheide abgedruckt. Unbegründete Einprüche verurteilen nicht nur denen, die sie erheben, sondern auch dem Stadtsteueramt unnötige Arbeit - und unnötige Arbeit bedeutet unnötige Kosten!

Aus den Reichsbeschlüssen.

Erhöhung der Bevölkerung. Die erhebliche Verteuerung hat bei der Leipziger Bevölkerung in Adorf allein für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1920 eine Mehrausgabe von 457 834,88 Mark verursacht. Es mußte daher zu einer weiteren Erhöhung der Bevölkerung geschritten werden, und zwar von 15 Mark auf 20 Mark für Leipziger Einwohner und von 20 Mark auf 25 Mark für Auswärtige.

Flughallen für Markthallenweide. Beschlossen wurde, die für Markthallenweide anzukaufenden Flughallen auf dem hiesigen Gelände zwischen dem Döbener Weg und der Tierärztlichen Hochschule zu errichten. Dabei läßt es sich leider nicht umgehen, den Kleingärtnern, denen das für den Markthallenbau benötigte Land auf zeitweiligen Widerruf für Gartenbauweide überlassen worden ist, zu kündigen. Zur Entschädigung soll ihnen nach Möglichkeit Gartenbauweide an anderer Stelle ausgewiesen werden.

Bewilligt wurden 2 550 000 Mark Berechnungsschuld für Instandsetzung der 27 Volksschulen. Aus der 50-Millionen-Mark-Anleihe wurden für folgende Bauarbeiten bewilligt: a) 949 300 Mark zur Fertigstellung des Grundrisses Schlachthof Str. 74 in L. Eutritzsch, b) dem Spar- und Bauverein zu dem von ihm geplanten Bau von 12 Wohnungen an der Schadowstraße in L. Eutritzsch 400 000 Mark und außerdem ein Darlehen bis zu 300 000 Mark unter der Bedingung, es mit 1 Prozent jährlich zu tilgen, c) der Gemeinnützigen Baugesellschaft Leipzig-Welt zum Bau von 100 Wohnungen außer den regelmäßigen Zuschüssen einen Teil der ungenutzten Bauplätze. Genehmigt wurde die Einrichtung einer Wäberei in der Desinfektionsanstalt mit einem Kostenaufwand von rund 116 000 Mk.

Fahrpreisermäßigung zur Arbeitsvermittlung. Die Fahrpreisermäßigung zur Arbeitsvermittlung wird auf den deutschen Reichseisenbahnen bis 31. März weitergewährt. Es werden in der 4. Klasse und, wo es keine 4. Klasse gibt, in der 3. der Personenzüge zum halben Fahrpreise 2. Klasse Arbeiter befördert, denen durch eine öffentliche oder gemeinnützige Arbeitsnachweisanstalt eine auswärtige Arbeitsstelle vermittelt worden ist. Die Anstalt muß dem Verbande Deutscher Arbeitsnachweise angehören und von den Eisenbahnen anerkannt sein. Die Fahrkarten werden gegen einen besonderen Ausweis verabfolgt. Er wird von der Fahrkartenausgabe abgestempelt. Er ist bei der Fahrkarteneinlösung vorzulegen und bei der Beendigung der Fahrt mit der Fahrkarte abzugeben. Für Reisen von weniger als 25 Tarifkilometern wird die Ermäßigung nicht bewilligt.

Kindertod. Die Untersuchungen zum Zwecke der Quäntifizierung zeigen immer wieder, wie der Krieg mit seinen Wirkungen unsere Jugend gesundheitlich zurückgeworfen hat. Die Untersuchungen in Hamburg haben jetzt gezeigt, daß nur 11 Prozent der Kinder normal ernährt waren. 30 Prozent waren leicht unterernährt, 40 Prozent waren ausgesprochen unterernährt und in der körperlichen Entwicklung zurückgeblieben und 19 Prozent waren schwer unterernährt mit darauf zurückzuführenden Krankheitsercheinungen.

Ein großer Balkenbrand entstand am Sonnabend in einem Gokal in der Burgstraße. Ferner gab ein Eisenbrand und Rauchniedererschlag in der Petersstraße Anlaß zur Alarmierung des Feuerwehres. Endlich rüllte die Sirene am Sonntagnachmittag zu einem Lumberbrand nach der Koburger Straße in Connewitz.

Wartung, Kurzarbeiter! Es steht uns noch ein Restposten Schweinefleisch auf dem Schlachthof Schumann II für Kurzarbeiter und Erwerbslose zur Verfügung. Der Preis ist für das Pfund 10,40 Mk. Ausgabe 9 bis 8 Uhr, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr. Kurzarbeiter haben sich einen Ausweis von ihrem Betriebsrat ausstellen zu lassen und ist bei Abholung des Fleisches derselbe sowie Haushaltkarte mitzunehmen. Schluß der Ausgabe Sonnabend, den 12. März. Der Arbeitsloienrat.

Gelverri wird für den durchgehenden Fahrverkehr die Kolonnenstraße zwischen dem Dorotheenplatz und der Alexanderstraße vom 14. März ab während der etwa 1 Woche dauernden Winterarbeiten.

Warnung. Bei der Installations-Abteilung der Thüringer Gasgesellschaft sind verschiedene Fälle bekannt geworden, daß sich Leute durch Vorzeigung falscher Ausweisarten unter dem Vorwande, im Auftrage obiger Firma die vorhandenen Gasapparate nachzusehen, reinigen und mit Gaspatronen versehen zu wollen, Eintritt in die Wohnungen verschafft haben. Sie haben sich auch wirklich an den Gasofen und -herden zu schaffen gemacht mit dem Erfolge, daß die Apparate nicht mehr zu gebrauchen und dringend reparaturbedürftig waren. Für diese Arbeit haben sie sich noch obendrein teuer bezahlen lassen. Die Firma betont unter Hinweis auf das in heutiger Nummer befindliche Inserat, daß sie mit den Deuten nichts zu tun hat, und daß sie nur auf direkte Bestellungen ihre Monteurs zu Reparaturen in die Wohnung schickt.

Vom Dividendenlegen in Leipzig. Der Aufsichtsrat der Chromo-Papier- und Kartonfabrik, vorm. Gustav Rajort, Akt.-Ges. in Leipzig beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 30 (i. B. 20) Prozent vorzuschlagen.

Lebensmittelkalendar für Donnerstag, den 10. März.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Butter: Leichter Tag - abzugeben Marke B Landesfettkarte Reihe A (125 Gramm). Ausgabe. Spiritusmarken für März an jedermann gegen Vorlegung des Wohnungsmeldescheins am 14. März. Leichter Tag - abzugeben Marken C 4 Sonderlebensmittelkarte für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte, Hilfskarte 8 1/3 P Lebensmittelkarte für Kinder bis zu zwei Jahren, Hilfskarte 8N 18 S 3 Lebensmittelkarte für Schwangere, Stillende usw., Hilfskarte E 1 gelbe Milchkarte für über zwei bis vier Jahre alte Kinder, Hilfskarte B 1 rote Milchkarte für über vier bis sechs Jahre alte Kinder (je zwei Pakete). Ausgabe von Breitens an Kriegsbekindigte und Kriegshinterbliebene bei der Firma Georg Werner aus dem Majedburg-Thüringer Freiabebahnhof auf Gutsheine des Ortsamts für Kriegerfürsorge Nr. 1-100 (je zwei Zentner), 8-12 Uhr mittags.

Für Händler. Ausländisches Weizenmehl und Teigwaren: Bezugsgewinnentnahme.

Volkzeitnachrichten.

Beltraute Vertrauensseligkeit. Eine auf der Reise von Prag nach Los Angeles befindliche Tischlerseherfrau lernte am 3. März, abends 10 Uhr, im Wartesaal 3. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofs einen Mann kennen, der sich dort zu ihr gesellt hatte. Er überredete die Frau, ihr Gepäck, einen Kesselofen und einen

Sächsischer Landtag.

93. Sitzung.

Dienstag, 8. März 1921.

Die heutige Landtags-Sitzung wurde vom Präsidenten Frähdorf mit folgender Ansprache eröffnet: Meine Damen und Herren! Sie wissen, wie die Verhandlungen in London endeten und was nun dem deutschen Volke bevorsteht. Die schreckliche weitere Besetzung wichtiger Gebiete wird folgen, und dennoch konnte man Deutschland zu unmöglichem nicht verpflichten. Selbst in den zu besetzenden Bezirken teilt man den abnehmenden Standpunkt der Reichsregierung und unserer Delegation. Auch dort trotz man der Gefahr. Deutschland will und wird zahlen, was möglich ist. Unsere Erwerbslosen, unsere Kriegsoffiziere, Arbeiter und Kleinrentner können wir zugunsten der Alliierten nicht völlig zugrunde gehen lassen. Was nun auch kommen mag, wir müssen es gemeinsam tragen.

Die Ablehnung liegt im allgemeinen Interesse. Die Lebenszeit muß verkürzt werden. Sie darf nicht den weiteren Geschlechtern als einziges Erbe bleiben. Jetzt aber, wo der Feind wieder an die Tore klopfen, müssen wir gegen diesen eintig sein. Was uns auch im Innern trennt, jetzt geht es, alle Kräfte gegen die große Gefahr von außen zu wenden. Daran haben nicht nur die Besessenen, sondern auch die Beschlossenen das größte Interesse. Ein gutes Volk ist in großer Gefahr eintig. Jetzt hat das deutsche Volk zu zeigen, daß es ein Kulturvolk ist, das seine geschichtliche Mission trotz alledem erfüllen wird. Dazu sei es vor allem eintig!

Die Rede Frähdorfs löste bei den bürgerlichen Parteien wegen der starken Betonung der nationalen Einheitsfront sächsischen Beifall aus. Die Linke hörte den Vortrag schweigend an, unsere Genossen und die Kommunisten, teilweise auch die eigenen Genossen Frähdorfs machten öfter protestierende Zwischenrufe. Als der Präsident geendet hatte, meldete sich der Kommunist Renner zur Geschäftsordnung zum Wort. Der Präsident verweigerte ihm dieses mit dem Bemerkten, er könne später zur Geschäftsordnung sprechen, worauf ihm der Abg. Langrock zurief: Wir wollen zu Ihrem Salat sprechen! (Stürmische Pfufe rechts und links; Lausung und ähnliches mehr.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Anfrage Sartorius und Genossen (NSP.), die die Verteuerung des Vorkortverkehrs zum Gegenstand hat.

Die Anfrage, die Abg. Viehmann (NSP.) begründet, lautet: Vom Reiche ist eine bedeutende Erhöhung der Eisenbahnfahrtpreise, und besonders eine Verteuerung des Vorkortverkehrs angekündigt. Für Sachsen bedeutet das eine starke Belastung der Arbeiter und Angehörigen, die zu einem großen Teil auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, um zu ihrer Arbeitstätte zu gelangen. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die durch die beschlossene Erhöhung der Fahrpreise entstehende Belastung der Arbeiter und Angehörigen abzumildern oder zu mildern?

In Verbindung steht der Antrag des Haushaltsausschusses A, die Gesuche des Gemeindevorstandes zu Zwickau und Genossen der Staatsregierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu empfehlen, daß bei der Reichsregierung weiterhin tatkräftig für Berücksichtigung und Verbesserung des Vorkortverkehrs eintritt, dabei insbesondere eine bessere Berücksichtigung der Zeitkartenbesitzer mit nur zweimaliger täglicher Zugbenutzung anstrebt, auf jeden Fall aber die weitere Verteuerung des Vorkortverkehrs bei der neuen Tarifregelung zu vermeiden sich bemüht, sowie bei Bildung des Landes-Eisenbahnrats künftig die verhältnismäßige Berücksichtigung aller Bevölkerungsteile und eine entsprechende Verteilung des Landtags beizubehalten.

Ministerialrat Dr. Jani erklärt, daß die Reichsregierung allen derartigen Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegensetzt.

Die Abg. Sander (Dnalt. Sp.), Grube (Komm.), Dr. Reinhold (Dem.) und Schiffmann (D. Sp.) äußern sich mehr oder weniger zustimmend, worauf der Ausschussantrag einstimmig angenommen wird.

Auf der Tagesordnung fortgesetzt wird, erhält das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Sander (Komm.), der sich darüber beschwert, daß der Präsident keinem Freunde Renner vorhin das Wort verweigert habe. Das sei ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung. Seine Freunde hätten beabsichtigt, die Vorgänge in London sofort zum Gegenstand einer Besprechung in der Kammer zu machen. Sie würden künftig ein solches Verfahren des Präsidenten in der Öffentlichkeit auf das schärfste brandmarken.

Präsident Frähdorf: Ich habe das nicht zu fürchten. Der Präsident ist kein Automat. Es gibt Augenblicke, in denen der Präsident von sich aus tun muß, was er im Interesse des Landes für notwendig hält. (Bravo!) Wenn die Kommunisten den Gegenstand behandelt wissen wollen, dann ist es ihnen zu überlassen, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Eine Anfrage Ebert und Genossen (Komm.) hat folgenden Wortlaut:

Welche Gründe haben die Regierung veranlaßt, den im Braunkohlenrevier Borna und Meuselwitz beschäftigten auswärts wohnenden Arbeitern die Beihilfe aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung zu streichen? (Zur Deckung des Fahrgeldes und doppelter Haushalt.) Ist die Regierung bereit, einen Druck auf die Grubenbesitzer auszuüben, um sie zur Zahlung dieser Beihilfen zu veranlassen?

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß das Eintreten des sächsischen Arbeitsministeriums für die Wünsche der Bergarbeiter keinen Erfolg erzielt habe. Soweit die Arbeiter auswärts wohnen, müsse die sächsische Regierung aus den Mitteln der Erwerbslosenunterstützung gemäß einer Anweisung des Reichsarbeitsministeriums nichts gewähren. Die gesetzliche Möglichkeit, einen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, sei nicht gegeben.

Beschneidung der Zigarettensteuer-Ermäßigung. Endlich kommt noch zur Behandlung eine Anfrage Dr. Reinholds (Dem.), die die Beschränkung der Zigarettensteuer-Ermäßigung zum Gegenstand hat.

Ministerialrat Dr. Jani versichert, daß die Regierung selbstredend auch weiter jede Gelegenheit ergreifen wird, um den Wünschen der Zigarettenindustrie gerecht zu werden und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Abg. Kühn (Soz.): Die Frage ist für das sächsische Wirtschaftsleben nicht von untergeordneter Bedeutung, besonders auch für die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Deshalb hat sich neben den Unternehmerverbänden auch der Tabakarbeiterverband gegen das Vorgehen der Reichsregierung gewandt.

Technische Ausführungen machten noch die Abg. Voigt (D. Sp.), Ebert (Komm.) und Jäger (Dnalt. Sp.). Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Es folgt noch eine Debatte über die Vorgänge zu Beginn der Sitzung, in der der Abg. Langrock nachträglich wegen des „Salat-rufes“ einen Ordnungsruf erhält.

Gerichtssaal.

Rachtlänge aus der Kassezeit.

Die Leipziger Volkszeitung hatte in den Nummern 288 und 276 vom 22. November und 8. Dezember 1919 zwei Notizen unter der Spitzmarke „Der Belagerungsstand über Südschüringen“ und „Die Stellung der Reichsregierung“ veröffentlicht. In ihnen wurde von Reichsherrn gesprochen und behauptet, die Reichsherrn hätten durch einseitige Proklamation versucht, die Arbeiterschaft vor die Mündungen der Maschinenwaffe zu stellen, und endlich wird gesagt, die Führer der Baltikumtruppen hätten durch Mord und Blünderung den Befähigungsnachweis erbracht, daß sie in die Reichswehr gehörten.

Der verantwortliche zeichnende Redakteur Bötscher, jetzt in Stuttgart, hat es abgelehnt, den Verfasser oder Einfänder der Notizen zu nennen, er war deshalb nach Ansicht des Schöffengerichts als verantwortlicher Redakteur gemäß §§ 185, 200 des St.-G.-B. und § 21 des Preßgesetzes für diese Beleidigung verantwortlich zu machen und zu bestrafen. Die erwähnten Ausdrücke stellen eine gröbliche Beschimpfung der Reichswehr dar. Dem Angeklagten sei es weniger auf die Feststellung gewisser Tatsachen, als vielmehr auf eine allgemeine Beschimpfung der Reichswehr angekommen. Wenn auch der Ton der Leipziger Volkszeitung sehr derb sei, um vollständig zu erscheinen (1), so habe sie hier doch die zulässigen Grenzen überschritten. Es handle sich um eine bewusste Ehrenkränkung. Straf-antrag hätten die Befehlshaber der Reichswehrbrigade 11 und das Wehrkreiskommando 4 gestellt. Das Schöffengericht erkannte auf zwei Wochen Haft und Publikationsverbot.

Die Berufungskammer ist den tatsächlichen und rechtlichen Ausführungen des Schöffengerichts beigetreten. Gewiß sei dem Angeklagten nicht zu widerlegen, daß er die Notizen vor ihrer Veröffentlichung nicht gekannt und daß ihm eine Beleidigungsabsicht fehlte, es könne ihm auch nicht nachgewiesen werden, daß er die Notizen absichtlich nicht gelesen habe, dann habe er sich aber eben einer grob-fahrlässigen Verletzung seiner Pflichten als verantwortlicher Redakteur schuldig gemacht und sei deshalb mit Recht bestraft worden.

Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Die Bemerkung in der zweiten Notiz enthalte keine Beleidigung, sondern lediglich die Behauptung, daß durch Angehörige der Reichswehr unter Pflichtenverletzung Zivilpersonen getötet worden sind. In München seien Mitglieder des harmlosen katholischen Gesellenvereins von Reichswehrsoldaten aus ihrem Versammlungsort hinausgeschleppt und in bestialischer Weise getötet worden. In diesem Falle hätte unbedingte Freisprechung erfolgen müssen. Im übrigen hätte, wenn einmal für erwiesen erachtet werde, daß der Angeklagte eine Beleidigungsabsicht nicht gehabt habe, Bestrafung nicht wegen öffentlicher Beleidigung, sondern bloß wegen Vergehens gegen das Preßgesetz erfolgen dürfen. (S. 21.)

Das Oberlandesgericht Dresden hat das angefochtene Urteil aufgehoben, soweit auf Publikationsverbot erkannt worden war, im übrigen jedoch die Revision verworfen mit der Maßgabe, daß die Beurteilung nur auf Grund des Preßgesetzes erfolgt ist. Die Revision bekämpfte in der Hauptsache nur tatsächliche Feststellungen des Vorberichters, die indessen für das Revisionsgericht maßgebend seien. Der Angeklagte könne sich auch nicht über das Strafmaß beschweren fühlen, denn das Preßgesetz drohe gegenüber dem § 185 des St.-G.-B. die schwerere Strafe an. Es sei also nicht anzunehmen, daß das Landgericht bei unrichtiger Anwendung des Preßgesetzes auf eine mildere Strafe zugeworfen sein würde.

Schwurgericht.

Schwerer Diebstahl und schwerer Raub in der Großen Fielesergasse. Unter der Führung des 21-jährigen Maschinenputzers Jech aus Forst hatten der Arbeiter Midein aus Forst, der Schlosser Glotta aus Dresden und der Konditor Weigl aus Wobslau einen frechen Überfall auf den Trödler Martin in der Fielesergasse ausgeführt. Jech ist trotz seiner Jugend ein recht raffiniertester Spitzbube, der unter verschiedenen Diebstählen einen von 19 000 Mk. und einen Wert von 2300 Mk. begangen hat. Bei dem letzteren hat er Gewalt und Bedrohung angewandt, nämlich einem 14-jährigen Mädchen Hände und Füße gebunden. Midein ist dreimal wegen Diebstahls vorbestraft; Glotta ist nach Kriegsende zur Reichswehr gegangen, hat auch bei den Unruhen in Leipzig staatsgefährlich mitgewirkt und ist wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Lediglich Weigl ist noch nicht vorbestraft.

Diese würdigen Kumpane trafen sich zufällig auf dem Rottbuler Bahnhof, machten sich schnell miteinander bekannt und beschloßen, zur Abwechslung einmal Leipzig mit ihrer Tätigkeit zu beglücken. Da das Geld zur Eisenbahnfahrt nicht ganz reichte, luden sie erst bis Lorgau. Woher kauften sie sich „zum Schutze“ vier kleine Leuchtpistolen und W Stuck dazu passende scharfe Patronen. Sie wollten nämlich auf dem Teile der Strecke, den sie zu Fuß gehen mußten, Bauernhöfe abbeteln und bei Gelegenheit flehen, was sich darbot. Wenn sie dabei ertappt würden, wollten sie mit den Pistolen Schreckschüsse abgeben. Ihre Ausrüstung vervollständigten sie noch durch eine schwarze Wäsche und einen Dietrich. Von Lorgau aus gingen sie nur zwei Stationen weiter zu Fuß und luden dann für angeblich geschenkt erhaltenes Geld nach Leipzig. Weigl kannte hier den Altwarenhändler Martin in der Großen Fielesergasse, zu dem sie gingen, um Schuhe zu verkaufen. Während Weigl sich mit dem Händler unterhielt, schmitt Jech mit dem Rasiermesser einen Draht durch und stahl einen Mantel. Da Weigl bei dieser Gelegenheit die gefüllte Brief-tasche Martins gesehen hatte, beschloßen sie, diese zu rauben. Bei einigen Versuchen kam der Plan nicht zur Ausführung, weil noch andere Leute im Laden waren. An einem Tage trafen sie aber den Händler allein an. Jech ging zuerst in den Laden und auf ein Zeichen folgten die drei anderen. Sie bedrohten den Mann mit den Revolvern, Jech drückte ihn zu Boden und Midein entriß ihm die Tasche. Dann nahm sich jeder einen Mantel. Midein steckte ein Paar Schuhe ein, während Jech noch einen Gehrock an sich nahm und dann rissen alle vier aus. Raub waren sie aber auf der Straße, als der Händler um Hilfe schrie. Es gelang auch, drei sofort festzunehmen, während Jech am Nachmittag, als er den Gehrock verkaufen wollte, verhaftet wurde. Er erhielt als

Haupttäter 6 Jahre Zuchthaus, Midein 3 Jahre 6 Monate, Glotta 2 Jahre 6 Monate und Weigl 3 Jahre Gefängnis. Allen Angeklagten wurden auf 5 Jahre die Ehrenrechte aberkannt.

Wegen Totschlags seiner Ehefrau stand der Schattwärler K. Spruth aus Connewitz vor den Geschworenen. Das kinderlose Ehepaar führte ein recht unerquickliches Familienleben. Er mißhandelte sie ab und zu und sie ließ ihn durch einen Privatdetektiv überwachen. Anfang April vorigen Jahres brachte ihm seine Frau eine gefüllte Depesche auf seine Arbeitsstätte, in der er aufgefordert wurde, sofort zu seinen Eltern nach Eisenach zu kommen, da der Vater schwer erkrankt sei. Die Zeit seiner Abwesenheit benutzte die Frau dazu, die ganze Wohnung auszuräumen, so daß er nur ein altes Bett vorfand, als er wieder heimkam. Vom 12. bis 20. April lebten sie getrennt, dann gelang es ihm, eine Auslösung herbeizuführen, er zahlte sogar 1224 Mk. Kosten für den Detektiv, der ihn beobachtet hatte, und verfuhr immer wieder mit ihr in Ordnung zu kommen. Auf seine neuen Stellen sah er Zwistigkeiten ein, so daß am 4. Juni, als der Vater der Frau mit ihm in die Stadt gegangen war, die Frau abermals mit den Midein abrückte. Sie stellte die Sachen bei Bekannten ein und ging als Küchenmädchen nach Swinemünde, wo Spruth sie besuchte und zur Rückkehr zu bewegen suchte. Als ihm dies nicht gelang, fuhr er zu seinen Eltern nach Eisenach und schrieb ihr von dort aus Briefe, in denen sich Liebesbeteuerungen und Drohungen mit der Staatsanwaltschaft mischten, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Am 20. Juli hat er auch einen Antrag auf Wiederherstellung des ehelichen Verhältnisses gestellt, ihn aber zurückgezogen, da die Frau Ende August nach Leipzig zurückkehrte. Es gelang ihm nun nach wiederholten Versuchen, sich in der Wohnung ihrer Eltern abermals auszuwöhnen. Die Frau wollte von der Scheidung absehen, wenn er alle inzwischen entstandenen Kosten zahlen würde, und war bereit, wieder mit ihm zusammenzuziehen. Er fühlte sich mit ihr so völlig verfehlt, daß er sogar zwei Säck Kohlen und einen Sack Holz ihr mit dem Handwagen in die Wohnung schaffte, bei dem Detektiv abermals 300 Mark bezahlte und auch eine von der Frau aufgenommene Schuld von 1200 Mk. abtragen wollte, wenn sie wieder mit ihm zusammenziehen würde.

Am 28. September hatte er noch 2 Uhr nachmittags mit ihr eine Zusammenkunft am Weßplatz verabredet. Sie kam auch, gab ihm aber nicht einmal die Hand und suchte ihn kurz abzufertigen, da sie sich es wieder einmal anders überlegt hatte. Nach einem kurzen Wortwechsel wollte sie ihrer Wege gehen. Der Angeklagte schiedert nun, wie er in der Wiesenstraße mit seiner Frau auf- und abgegangen sei und sie am Handgelenk angefaßt habe, um sie zum Weilen zu veranlassen. Sie habe sich aber losgerissen und sei in einen Torweg gerannt. Er hatte den Eindruck, daß sie versuchte, durch den Hof ihm zu entkommen, da sie aber keinen Ausweg fand, kam sie zurück, und das Ehepaar schlug nun mit Häften aufeinander los. Er behauptet, sein klares Bild mehr von dem ganzen Vorgange zu haben. Ohne zu wissen wie, hat er ein Dolchmesser, das er bei sich führte, in der Hand gehabt und damit blutendings drauflos geschlagen und gestochen, und zwar mit solcher Wucht, daß das Messer an der Spitze umbog. Die Frau brach zusammen und schrie um Hilfe. Darauf lief er fort und weiß nicht mehr, wie er in seiner Aufregung gelaufen ist. In der Eiserstraße hat er sich dann von zwei Schutzleuten verhaften lassen. Die Frau wurde von Sanitätern verbunden und in die Klinik geschafft, wo sie hochgradig ausgeblutet eingeliefert wurde. Am den Pulsschlag, der schon ausgeleitet hatte, wieder herbeizuführen, mußten ihr Herzmittel gegeben werden. Die Hauptarterien an der rechten Hand waren zerhackt, zahlreiche Stich- und Schnittwunden befanden sich im Gesicht und am behaarten Teile des Kopfes. Die linke Gesichtseite, die Stirn und die Wangen entstellten 6 bis 10 Zentimeter lange Schnittwunden, die bis auf die Knochen gingen. Anscheinend infolge des großen Blutverlustes trat nach 8 Uhr abends der Tod ein. — Das Urteil lautete unter Zustimmung mildernder Umstände auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Der neue Sklarz-Prozess.

(Achter Tag.)

Das Ende dieses Prozesses ist noch immer nicht vorauszu-sehen. Die Verhandlungen gehen nur mühsam und schleppend vorwärts. Es wurden die Sonnenfelder wegen der von ihnen gemachten großen Ausgaben zur Rede gestellt. Ernst Sonnenfeld will diese aus seinem rechtmäßigen Einkommen bei Sklarz, das sich auf mehrere hunderttausend Mark beläuft, haben soll, bestreiten haben. Hierbei wurde Sonnenfeld (Water) auch nachgewiesen, daß er die enormen Einnahmen auch nicht mit einem einzigen Pfennig befreit hatte. Die Schiebergewinne sind eben nicht so leicht zur Befreiung heranzuziehen, wie der lauer verdiente Wochenlohn des Arbeiters. Wasdann kamen noch die Flucht Sonnenfelds nach Holland sowie die verschiedenen Geflüchtungen in's Ausland zur Sprache. In der nächsten, auf Montag anberaumten Sitzung soll Heinrich Sklarz als Zeuge vernommen werden.

Von Nah und Fern.

Untergang eines Dampfers mit 800 Passagieren. London, 8. März. Reuter meldet aus Hongkong den Untergang eines Dampfers mit mehr als 800 Chinesen an Bord.

Briefkasten der Redaktion.

- J. B. 6. 143. 1. Darüber bestimmt das Mietvertragsamt, 2. Antworten Sie nicht, dann muß der Hauswirt das Mietvertragsamt anrufen.
- E. W., Bunsdorfstraße. 1. Ja! 2. Ja! Darüber gibt Ihnen die Organisation der Freidenker Auskunft.
- Charlotte 269. 1. Nein. 2. Mindesthöhe gibt es nicht. Es muß das gezahlt werden, was zum Unterhalt des Kindes gebraucht wird. 3. Der Beitrag, der für eine Großstadt gebraucht wird, kommt hier in Frage. 1. Mk. Partikasse.
- M. M. 100. 1. Es muß eine gerichtliche Auseinandersetzung stattfinden. 2. Ja! 3. Ja!
- R. A. 27. 1. Das Gesetz macht keinen Unterschied zwischen einer jungen und älteren Witwe. Aber auf Grund des Zeugnisses eines Arztes oder einer Hebamme kann Dispens bewilligt werden. 2. Nur nach Vereinbarung mit dem andern Kontrahenten.
- E. 16. Sie können von dem Recht der Verweigerung des Zeugnisses Gebrauch machen. 50 Pfg. Partikasse.

Alltägliche Bekanntmachungen.

Die Vermietung von Mietwohnungen betr.

Zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern haben wir als Schlichter nach § 13 der Ordnung die Vermietung von Mietwohnungen außerhalb der Gäßhäuser betr. Herrn Stadtrichter Dr. Niedenführ und als seinen Stellvertreter Herrn Stadtrichter Dr. Schubert bestimmt. Einer dieser Herren ist an den Wochentagen kündigt im neuen Rathaus in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags anzutreffen.

Leipzig, 28. 3. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die roten Milchmarken für Kinder von 4 bis 6 Jahren dürfen vom 10. März 1921 an bis zu weiteres täglich mit 1/4 Liter Vollmilch befreit werden.

Ernährungsamt Leipzig, am 9. März 1921.

Butterverteilung.

Marke R der Landesfettkarte Reihe A 125 g Butter (7 Mt.). Verbraucher: Markenabgabe bis 10. 8. Abholung bis 21. 3. Kleinhändler: Bezugstartentnahme (gelber Pleierschein) 11. 3. Nr. 1—1000 des Berechnungsausweises 12. 3. Nr. 1001—2000 „ „ „ 13. 3. Nr. 2001—Schluß des „ „ „ 14. 3. Abgabe der Bezugskarten B 208 am gleich. Tage. Buttergroßhändler: Bezugskartenabgabe 15. 3. Ernährungsamt Leipzig, am 8. März 1921.

Laucha. Verkauf von Saatkartoffeln (ausgenommen Westpreußen, Marke Eisen) Donnerstag, vormittags 8—12 Uhr, im Bauernhaus zum Preise von 55 Mark für den Zentner. Auf die Hausabgabe wird bis zu 1/2 Zentner abgegeben.

Der X. Antrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Laucha — Erhöhung der

Lustbarkeitssteuer und der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherfahren — und der I. Antrag zur Kirchensteuerordnung für die Stadt Laucha — Erhebung eines Zuschlages von 0,5 v. H. zur Grundsteuer — liegen vom 9. März 1921 ab 14 Tage zur Einsichtnahme in unserer Stadtbücherei aus.

Am 15. März 1921 findet für die Stadt Laucha eine Wohnungserhebung statt. Hierzu werden den Wohnungserhebungs-Fragebogen zugestellt, die von diesen unter genauer Beachtung aller darauf verzeichneten Fragen bis 18. März 1921 den Grundstücksbesitzern zu übergeben sind. Diese haben den Fragebogen auf die Richtigkeit hin zu prüfen, zu unterzeichnen und bis 21. März 1921 im Rathaus, Zimmer 8, abzugeben. Nichtbefolgung wird bestraft.

Der Stadtrat.

Sparkasse Borsdorf. Tagl. Verzinsung 4 1/2 Prozent, Tageslohn Nr. 10, Geschäftsstunden 10 bis 12 Uhr. Geschäftsamt ist für jeden Geschäftsbesitzer wochentags 9—2 Uhr. Postfachkonto: 3324

Gemeinde-Sparkasse Liebertswitz.

Unter Verwaltung der Gemeinde. Einlageguthaben: 25 329 427 Mk. 27 Pfg. Rücklagen: 1 267 000 Sparverkehre vom 1. Januar bis 28. Februar 1921 Einzahlungen im Betrage v. 1 414 649 Mk. 13 Pfg. Rückabgaben „ „ 901 348 „ 66 Tägtl. Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Proz. Kostenlose Vermahlung und Vermahlung von Wertpapieren. Vermittlung des An- und Verkaufes von mündelbaren Renten. Geschäftszeit: Montags bis Sonnabends v. 8—1 Uhr. Geschäftszeit der Zweigstellen: Delitzsch: Jeden Tag. Liebschützberg: (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn). Jeden Tag. Göhren: Jeden Tag. Zweigniederort: Montags bis Sonnabends vormittags von 9—1 Uhr. Girokonto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Postfach-Konto Nr. 11 430. Die Sparkassen-Verwaltung.

Emil Rosenow.

Zum 50. Geburtstag des Dichters

Am 9. März 1871 wurde Emil Rosenow in Köln als Sohn eines Schuhmachereimstellers geboren.

Emil Rosenows Vater Lampe hat sich seine Stellung in der deutschen Literatur und auf den Bühnen erworben.

Emil Rosenow hat noch manches andre geschrieben. Im Gefängnis hat er seinen Einaakter Daheim, den der Literaturhistoriker Bartels ein kleines Meisterwerk ersten Ranges genannt hat.

Emil Rosenow ist ein echter Proletarier gewesen. Er war früh verwaist, konnte nur die Volksschulbildung sich aneignen und mußte Kaufmann werden.

Emil Rosenow hat noch manches andre geschrieben. Im Gefängnis hat er seinen Einaakter Daheim, den der Literaturhistoriker Bartels ein kleines Meisterwerk ersten Ranges genannt hat.

Emil Rosenow hat noch manches andre geschrieben. Im Gefängnis hat er seinen Einaakter Daheim, den der Literaturhistoriker Bartels ein kleines Meisterwerk ersten Ranges genannt hat.

Emil Rosenow hat noch manches andre geschrieben. Im Gefängnis hat er seinen Einaakter Daheim, den der Literaturhistoriker Bartels ein kleines Meisterwerk ersten Ranges genannt hat.

Ein Reinfall.

Von Emil Rosenow.

Vor der altmodischen, wurmförmigen Schreibkommode, die das Herkulesstück der anpruchsvollen Bauernstube bildet, sah der Gemeindevorstand.

Seit drei Wochen war der Müllerbauer Ermischer Gemeindevorstand. Er nahm's ernst mit seinem neuen Amt.

Der Gemeindevorstand leuchtete und warf einen Blick durch das Fenster auf die Straße.

Der Gemeindevorstand hatte Mitleid. „Ja,“ brummte er, „die verdammten Sozialisten!“

„Herr Vorstand...“ die Taub-Marie... die fährt ihr no'm Schwarzenberg nein... „Holt racht!“ meinte der Vorstand.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

Doch das Bauernweiblein schob weiter die Straße dahin, als ob nichts geschehen wäre.

„Der Herr Vorstand...“ die Taub-Marie... die fährt ihr no'm Schwarzenberg nein... „Holt racht!“ meinte der Vorstand.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

Etwa dreiviertel Stunden später trat der Herr Pastor bei dem Gemeindevorstand ein.

„Der Herr Vorstand...“ die Taub-Marie... die fährt ihr no'm Schwarzenberg nein... „Holt racht!“ meinte der Vorstand.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

„Gut, gut,“ sprach der Vorstand erleichtert, „da mach' jeder.“ Und der Ortsknecht schob die Dienstmähe zurück.

Kleine Chronik.

Sollisten-Konzert. Das Meßamt wollte den Herren Kaufleuten (oder sagen wir lieber Meßkonten) einen musikalischen Genuß verschaffen.

Konzerte. Toni Sgantz ist ein Virtuose ersten Ranges, aber leider nicht viel mehr.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Konzerte. Der Lieberabend von Elsa Rydin Deberg trug einen so ausgesprochenen und einheitlichen Charakter.

Reichstag.

Eine Erklärung des Reichsanwalters.

Präsident Wöde erteilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu einer Erklärung dem

Reichsanwalters Lehmann: Die Londoner Verhandlungen sind abgebrochen; unsere Delegation ist auf dem Rückwege. Ich bin der Meinung, daß in eine Erörterung der Londoner Verhandlungen erst nach der Rückkehr Dr. Simons' eingetreten werden kann.

Aber zu einer Maßnahme, welche die alliierten Regierungen beschließen und bereits in Wirksamkeit gesetzt haben, glaube ich verpflichtet zu sein, Stellung zu nehmen, nämlich zu den Sanktionen. (Zustimmung.) Ich beginne damit, daß ich dieses Wort in das richtige Deutsch übersehe. Es sind nichts anderes als Sanktionen. (Lebhafte Zustimmung.) Die ehrenwürdigen Vertreter des Rechts haben mit solchen Akten nichts zu tun. (Sehr richtig!)

Es gibt keinen Rechtsboden für die militärischen Maßnahmen, welche die alliierten Regierungen jetzt eingeleitet haben, um einseitig gesforderte Leistungen von uns zu erzwingen. (Zustimmung.) Den Protesten, die der Herr Außenminister Simons schon in London dagegen erhoben hat, schließe ich mich namens der deutschen Regierung, namens des deutschen Volkes an. (Beifall.) Dieser Rechtsbruch wird auch durch juristische Verwicklungen nicht verhüllt oder gar gehehligt; er erscheint um so schlimmer, wenn er gedeckt wird durch die Namen der Staatsmänner der siegreichen Mächte, und wenn er sich richtet gegen ein Volk, dem man jede Gewähr genommen hat, um sich gegen die Gewalt zu wehren. (Zuruf der Komm.: Das ist nur kapitalistische Politik!)

Dieser Rechtsbruch wird auch dadurch nicht geräucherigt, daß er als Drohung bereits in dem Moment angekündigt wurde, wo die Entente ihre unmöglichen Forderungen an das deutsche Volk formuliert hat. Wenigstens haben wir in diesen Wochen gelernt, daß uns in den Pariser Beschlüssen etwas rein Unmögliches zugewendet worden ist. (Zustimmung.) Die vergangenen Wochen haben uns in der Ueberzeugung nur bestärken können, daß auf diese von den alliierten Regierungen beliebte Art weder eine Regelung der europäischen Verhältnisse, noch eine Liquidierung des Krieges möglich ist; wenn in dieser Weise fortgefahren wird, kann das Uebel nur vergrößert werden. (Sehr wahr!)

Glauben wirklich die alliierten Staatsmänner, daß auf diese Art eine geordnete Reaktion in den europäischen Wirren herbeigeführt werden kann? Es ist unmöglich! Sie werden sich dadurch nur selbst weitere Verlegenheiten schaffen und wir werden eben nach Lösungen suchen müssen, die aus der Sphäre konstruktiver Unmöglichkeiten überleiten in die tatsächlich menschlichen Kräften möglichen Wirklichkeiten. An die Stelle der Gewalt muß treten die Weltgemeinschaft des guten Willens. (Zuruf bei den Komm.: Kapitalistische Wirtschaft!)

Wir sind bereit gewesen, zu unferm Teile diese Weltgemeinschaft des guten Willens zu betätigen. Wir haben uns nicht gewehrt, aus dem Verlust des Krieges die notwendigen Folgen zu ziehen und auf uns zu nehmen. Wir sind uns klar darüber, daß wir beim Wiederaufbau der Welt die schwerste Last zu tragen haben, und haben uns redlich bemüht, unsere Gegner zu überzeugen von dem Grade der Leistungsfähigkeit, die uns geblieben ist. (Zwischenruf der Komm.: Lebhaftes Aufwachen.)

Zunächst müssen wir den Tatsachen in die Augen sehen, die durch Verwicklung der Sanktionen über das deutsche Volk herabgekommen sind. Für das deutsche Volk, das seit Kriegsanfang so unendlich vieles durchzumachen hatte, beginnt abermals eine schwere Zeit, aber es muß jetzt bewellen die Höhe seiner Spannkraft, die Unbefugung seiner Schuld und seiner trennen Ausdauer. Dies Vertrauen habe ich zum deutschen Volke. (Lebhafte Beifall.)

Vor allem aber gedenken wir in diesem Augenblick der Teile des deutschen Vaterlandes, die wir mit heißer Liebe umfassen, die zunächst von den Maßnahmen der Alliierten betroffen werden. Es war erhebend, zu vernehmen — wir haben es hier ja mehrfach erlebt —, welcher Geist diese betroffenen Gebiete beherrscht: der Geist der Selbstlosigkeit, der Geist der Ausdauer, der Geist des Mutes, alles auf sich zu nehmen, wenn es gilt, das deutsche Vaterland zu retten. (Beifall.)

Wir danken ihnen für diese herrlichen Zeugnisse vaterländischer Gesinnung und können nur versprechen, unser Bestes alles zu tun, um ihre schwere Lage zu mildern. (Lebhafte Beifall.)

Nach ein Wort zur Konferenz in London. Unser Außenminister hat in London an die Geschichte appelliert. Ich glaube feststellen zu dürfen, daß das Urteil heute schon feststeht. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Es ist in der Richtung feststeht, daß die Aufhebung der Schuld ausschließlich auf die deutschen Schultern nicht bloß eine Verleumdung, sondern eine Kränkung des Herzens Jawolsky, Poincaré und gewisser englischer Staatsmänner bedeutet. (Sehr richtig!)

Auch ich überlasse das Urteil der Geschichte. Ich meine aber, daß die Geschichte ihr Urteil abgeben wird nicht bloß über die Schuld am Kriege, sondern auch über das Diktat des Versailles. (Lebhafte Beifall.)

Verständigung der sofortigen Ausrede. Abg. Stresemann (D. Sp.): Zu den Erklärungen des Reichsanwalters soll nach dem Wunsch der Mehrheit noch nicht Stellung genommen werden. Ich halte es aber weiter für wünschenswert, über die Verhandlungen in London sowie über die Vorhandlungen in Berlin zunächst dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten Gelegenheit zur Erörterung zu geben. Ich bitte den Herrn Präsidenten, den Auswärtigen Ausschuss nach Dr. Simons' Rückkehr einzuberufen. Nachher kann der Reichstag einsehend Stellung nehmen.

Abg. Crispian (U. Sp.): Der Reichsanwalt hat nicht im Namen des gesamten Reichstages gesprochen, daher beantragen wir, sofort in eine Erörterung einzutreten. Die Regierung hat allen Grund, die öffentliche Meinung zu fürchten. (Lachen rechts.) Man muß sie zwingen, vor der Öffentlichkeit Rede zu stehen.

Abg. Dr. Devi (Komm.): Wenn die sachlichen Unterlagen für eine Ausrede noch nicht gegeben sind, dann hätte auch der Reichsanwalt nach Schweden müssen. Er hat mit seiner Rede die nationalpolitischen Höher in Deutschland noch unterstellt. Wir haben die Pflicht und das Recht, dazu öffentliche Stellung zu nehmen.

Abg. Müller-Frankan (Soz.): Es liegt mir fern die Rede der Reichsanwalters mit der gleichen ablehrenden Abrüstung zu interpretieren wie die Vorredner. Wenn der Reichsanwalt heute geschwiegen hätte, so würde das weder im Inlande noch im Auslande verstanden worden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Im Übrigen denkt kein Mensch daran, die öffentliche Ausrede zu verurteilen. Sie wird unmittelbar nach den Ausschussverhandlungen stattfinden. Die Verhandlungen haben aber nur dann einen

Zweck, wenn der Außenminister persönlich die notwendigen Details unterbreiten kann. Sonst gibt es hier nur eine Wiederholung der Reden vom letzten Sonnabend. Wir stimmen dem Antrag Stresemanns zu. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Crispian (U. Sp.): Die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses sind geheim. Das Ausland würde es noch viel weniger verstehen, wenn das Haus die Erklärungen stumm entgegennimmt und diese nachher im Ausschuss vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte; der Antrag auf sofortige Aussprache wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Kell (Soz.) erklärt die Regierung, sie könne den angeforderten Bericht der Prüfungskommission des preussischen Kriegsministeriums über die Daimler-Motoren-Gesellschaft noch nicht vorlegen, da das Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Auf die Beschwerde des Abg. Dr. Barth-Chemnitz (Dnat. Sp.), daß trotz der Arbeitslosigkeit in der vorläufigen Spinn- und Sildereibetriebe die Einfuhr von Schweizer Sildereien genehmigt wird, erklärt die Regierung, daß ein grundsätzliches Einfuhrverbot erlassen sei. Eine Ausnahme wurde nur für eine zur Abnahme von Schweizer Sildereien verpflichtete sächsische Firma gemacht, und zwar im Interesse eines andern sächsischen Industriezweiges der verarbeitenden Industrie, die zugleich diese Sildereien kauft.

Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht (Anfrage des Deutschnationalen Abg. Schulz-Bromberg), daß die internationalen Rheinlandkommissionen der politischen Parteien und Beamte, die sich mit der Vorbereitung nationaler Politik befassen ausweisen werde, entbehren nach den Feststellungen des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete der Begründung.

Eine Anfrage von deutschem Jüder nach England (Anfrage des Abg. Dr. Devi (Komm.)) ist nicht erfolgt. Es handelt sich um Durchführzettel, der nur in der englischen Handelsstatistik als Jüder aus Deutschland angeführt worden ist.

Auf Anfrage der Abg. Laverenz (Dnat. Sp.) und Pöfster (Soz.), was die Regierung zu tun gedenkt, um von den Franzosen aus dem Gefängnis befreiten Mörder des deutschen Bürgers Kupta, den Polen Wyrzalk, vor dem ordentlichen Strafgericht abzuurteilen, erwidert die Regierung, daß die internationalisierte Kommission einen besonderen Gerichtshof für Oberbefehligen gebildet hat für die Verfolgung aller durch den Nationalitätenkampf hervorgerufenen Verbrechen. Diese Verordnung hat die Reichsregierung seinerzeit nicht anerkannt, aber selbst wenn sie rechtsgültig wäre, handelt es sich immerhin hier um ein gemeines Verbrechen, da der Täter aus Gewinnlust gehandelt hat. Der deutsche Bevölkerungsstand in Opatowitz ist wegen der Befreiung des Mörders und der Beschlagnahme der Akten nachträglich bei der Kommission vorstellig geworden.

Ein reaktionärer Streich der Mehrheit gegen die Frauen. Es folgt die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs zur Entlassung der Gerichte.

Abg. Reutheuer (D. Sp.): Auf keinen Fall sollte die Bestimmung über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern der Schöffen und Geschworenen in dieses Gesetz eingeführt werden. Wir bitten, den in der zweiten Lesung gefassten Beschluß rückgängig zu machen.

Abg. Graef (Dnat.): Die Frauen sollen mit der Zulassung warten bis zur Regelung der Angelegenheit beim Jugendgesetz. sonst erleben wir einen Umsturz der Rechtspflege. Man darf die Frauen durch ihre Zulassung zum Schöffengericht nicht einer immerhin möglichen Verletzung des Schamgefühls aussetzen.

Abg. Frau Dransfeld (Zent.): Der Geist der Gesetzgebung muß auf die heutige Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben umgestellt werden; bei einer Herauslösung von Einzelfragen aus dem Zusammenhang gibt es aber nur Fiktion. Die sofortige Annahme des Antrags über die Zulassung der Frauen zum Schöffengericht ist sachlich gar nicht notwendig; mit dem Gesetzesentwurf hat er überhaupt nichts zu tun.

Abg. Frau Dr. Wüster (Dem.): Die Sorge für unser Sittlichkeits- und Anstandsgefühl sollte uns Frauen überlassen werden. (Zwischenruf rechts.) Den Abänderungsanträgen zwecks Zulassung der Frauen zu den Ämtern der Geschworenen haben wir zugestimmt. Die Vorlage, die diese Forderung verwirklicht, muß so jetzt eingebracht werden, daß die Frauen bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode einberufen werden können.

Abg. Frau Wülf (Soz.): Wenn es auf die Rechte ankäme, hätten wir heute noch nicht einmal das politische Wahlrecht der Frau, das von jener Seite immer noch als eine romanische Verletzung bezeichnet wird. Das Schamgefühl der Frauen wird nicht verletzt, wenn sie gegen schamlose Dinge in Gemeinschaft mit den Männern antämpfen. Das ist eine ästhetische, aber keine moralische Bewertung. Gerade die Frauen sind unbedeutend in Fragen der Sittlichkeit und Volksgesundheit. Durch die Vertretung in öffentlichen Einrichtungen wollen wir ein Verhältnis zwischen Mann und Frau schaffen, durch das die Gesellschaft gefördert und die dringend notwendige Gesundung des Volkes herbeigeführt wird. Daher weicht meine Fraktion in diesen Fragen keinen Schritt zurück.

Reichsjustizminister Dr. Heine: Politisch steht fest, daß die Frauen zum Dienst als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Die Frage ist nur, auf welchem Wege ist das juristisch möglich? Es bieten sich zwei Wege: entweder der, der bereits vom Reichstag angenommen ist, oder der des Antrags Reutheuer. Gegen den ersten sprechen zahlreiche Gründe, die Frau Dransfeld bereits in überzeugender Weise dargelegt hat. Die Annahme des Antrags Reutheuer würde keine Verzögerung bedeuten. Dadurch würde die Sache nur auf ein juristisches Geleis geschoben werden. Ich bitte um Annahme des Antrags. Ich hoffe, daß die Vorlage schon in den nächsten Wochen dem Reichstag zugehen kann und daß die Frauen bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode einberufen werden können.

Abg. Frau v. Oheimb (D. Sp.): Es ist weniger wichtig, daß die Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst zugelassen werden, als daß sie zu der Frage der Abkündigung der Miltärlöhe einheitlich Stellung nehmen. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Sp.): In diesem Reichstage ist nicht einmal für den kleinsten zivilen Fortschritt eine Mehrheit zu finden. Der Antrag der bürgerlichen Parteien will die Zulassung der Frauen zu den Ämtern der Schöffen und Geschworenen aus dem Gesetze herausstellen. (Der Redner polemisiert im einzelnen gegen die bürgerlichen Redner.) Der Abg. Graef behauptete die Zulassung der Frauen würde eine Umwälzung der gesamten Rechtsverhältnisse mit sich bringen. Ich wünschte, er hätte recht; denn die heutige Rechtspflege genügt das größte Mißtrauen bei der Arbeiterklasse. Wir brauchen einen zuverlässigen Justizminister. Nicht im Interesse der Frauen, sondern im Interesse des ganzen Volkes bitten wir, es beim ersten Beschluß zu belassen.

Präsident Wöde: Soeben ist ein Abänderungsantrag Frau Dransfeld (Soz.) eingelaufen, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenendienst eröffnet.

Abg. Frau Zieg (U. Sp.): Wir hatten unter allen Umständen, an dem Beschluß der zweiten Lesung fest. Für die schönen Versprechungen des Reichsjustizministers fehlt uns der Glaube. Wir haben die Behandlung nicht verpöndelt, die uns Frauen früher von der bürgerlichen Parteien entgegengebracht worden ist. Die Einwände der Bürgerlichen gegen die Zulassung der Frauen zu Geschworenen und Schöffen sind nicht formaler, sondern grundsätzlicher Natur.

Abg. Frau Dransfeld (Zent.): Die Behauptung des Abg. Dr. Rosenfeld, daß es sich bei der heutigen Abstimmung darum handle, zu

zeigen, ob man Gegner der Frauenrechte sei oder nicht, ist nicht richtig, sondern es handelt sich darum, auf welchem Wege man zum gemeinsamen Ziel kommen kann. Durch die heutige Ankündigung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz wird der Antrag überflüssig, da ja die Regierung schon von sich aus im Sinne des Antrags handeln wird.

Abg. Frau Wülf (Soz.) begründet eine Entschließung auf Abänderung des § 20, Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung. Danach sollen zu den dort genannten Vorständen und ähnlichen Einrichtungen auch Frauen zugelassen werden.

Damit schließt die Aussprache. Bei den Abstimmungen wird der Antrag Reutheuer (D. Sp.) auf Streichung der in der zweiten Lesung beschlossenen Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenendienst in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 148 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Gegen den Antrag stimmen sämtliche Sozialisten und vereinzelt Demokraten; in der Gesamtstimmung wird das Gesetz gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Ferner angenommen werden die Entschließungen auf Erweiterung des Güterverfahrens und die Entschließung Reutheuer (D. Sp.) mit der Erweiterung „die allgemeine Zulassung“.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichshauptkassentums.

Abg. Rahmann (Soz.): Wir begrüßen den Abbau der Kriegsgesellschaften, die keine Daseinsberechtigung mehr haben. Der Neuaufbau unserer Wirtschaft muß in gemeinwirtschaftlichen Formen geschehen. Dabei haben wir härteste Mißtrauen gegen die Verantwortlichkeit des Herrn Reichshauptkassentors von Raumer. Das brachten wir schon bei der Neubildung des Reichskabinetts zum Ausdruck, verzichteten aber darauf, irgendwelchen Einfluß auf die Besetzung der Ministerien geltend zu machen, weil wir keine Verantwortung übernehmen wollten. Herr von Raumer hat zu Beginn seiner Tätigkeit eine totale Durchführung des Elektrizitätsgesetzes zugesagt. Der vorliegende Entwurf dieses Gesetzes bedeutet aber eine Herausforderung aller Kreise, die für eine Gemeinwirtschaft eintreten. Er übertrifft noch die schlimmsten Erwartungen. Nach dem Entwurf soll der notwendige Zusammenschluß der Elektrizitätsgesellschaften im Wege freiwilliger Entschädigung vollzogen werden. Der Einfluß der Arbeiter und Beamten ist auf ein Minimum beschränkt, obwohl doch gerade diese Schichten die wertvollsten Faktoren zu einem Wiederaufbau darstellen. Auch Abgeordnete müssen in den maßgebenden Körperschaften vertreten sein. Der Einfluß des Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte ist ganz untergeordnet. Erst kürzlich ist ein bisher kommunalverwaltetes sächsisches Elektrizitätswerk in die Hände des Herrn Stinnes übergegangen! Ich hatte den Reichshauptkassentor persönlich gebeten, den Verkauf zu untersagen, aber er hat von seiner Belugnis zum Verbot keinen Gebrauch gemacht. Durch diesen Verkauf ist leider der gigantische Einfluß des Herrn Stinnes noch gesteigert worden. Immer tiefer greifen seine polyrenartigen Arme in das deutsche Wirtschaftsgebiet hinein. Er braucht ein Königreich für seinen Latendrang und für die Unterbringung seiner ungeheuren Gelder. Auch das gemeinwirtschaftlich verwaltete Böhmer Elektrizitätswerk wird sich in kurzer Zeit dem großen Stinneschen Elektrizitätskonzern anschließen müssen. Durch diese Entwicklung treten auch politische Schwierigkeiten ein, denn Wirtschaftskräfte sind auch gewohnt, außergewöhnliche politische Rechte zu beanspruchen. Das haben wir neulich bei der Schiffstaufe in Petersburg gesehen. Der Reichshauptkassentor hätte die Uebernahme jedes Elektrizitätswerks durch Herrn Stinnes verhindern müssen. Große Reichsbetriebe dürfen nicht aufgelöst werden; das wäre ein wirtschaftlicher Rückschritt. Dem Techniker gebührt eine größere Berücksichtigung in der Verwaltung; er ist beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft schätzenswert unentbehrlich. Bei der Behandlung des Rahmann-Bertrags schien die Reichspresse dem Wiederaufbauminstre zunächst den sogenannten Antisemitenden vorziehen zu wollen. Wir müssen es natürlich ablehnen, daß zwischen Beträgen differenziert wird, die mit Christen oder die mit Juden abgeschlossen werden. Doch nachher kam es im Reichshauptkassentor zu einem Frontwechsel. Durch die Behandlung des Falles von den Rechts haben es die Herren von rechts verwirklicht, hier als Sittenrichter aufzutreten. Die Firma Wagner, an der Herr von den Rechts interessiert ist, wollte statt Rahm mit den deutschen Werken ins Geschäft kommen. Es handelt sich um eine Art politisch-wirtschaftliche Verpressung, und von den Rechts hat sein Mandat mißbraucht, wie ja überhaupt die Herren von rechts gern die politische Pistole erheben, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Heute ist die ganz Rahm-Angelegenheit eine gepönte Sektensache. Doch wie konnte es hinsichtlich der deutschen Werke überhaupt zu einem solchen Panama kommen? Dunkle Mächte scheinen an der Arbeit gewesen zu sein, um durch die Zerstückelung der deutschen Werke die Unmöglichkeit von Sozialisierungsversuchen zu bewerkeln. Wir verlangen nun entschlossen von der Regierung, daß sie alles tut, um eine Besserung der Lage der deutschen Werke herbeizuführen. Die reichsigen Betriebe müssen von Reich und Ländern durch genügende Aufträge unterstützt werden. In der Debatte hat der Abgeordnete Bruhn, der ebensame Warenhausopole, zu dem beliebten Agitationsfutter gegriffen, nämlich zu Heu und Stroh. Es handelt sich um die bekannten Buttervergiebungen bei der Verorgung der Heeresverwaltung. Man will zum Ausdruck bringen, daß nur unter sozialdemokratischen Ministern derartige Schließungen möglich waren. Man sollte auf der Rechten lieber vor der eigenen Tür kehren. Vom Minister von Raumer hege ich nur die Erwartung, daß er jede Mißwirtschaftsentscheidung, die wir Sozialdemokraten uns zur Aufgabe gemacht haben, unterbinde.

Das Haus verläßt sich auf Mittwoch 1 Uhr: Unabhängige Interpellation über die Preisfestlegungen in der Kaliindustrie, Weiterberatung, Reichsministerium des Innern. — Schluß 1/2 Uhr.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Mordmord. Der 48 Jahre alte Buchdrucker Max Ködterich hatte im Jahre 1918 in seiner Familie die 21jährige Arbeiterin Rimscher kennen gelernt und mit ihr ein Liebesverhältnis angeknüpft, das Folgen hatte. Im September 1919 trennte er sich von seiner Frau. Im Februar 1920 wurde das Kind geboren. Für den Unterhalt seiner Familie wurde ihm im Juni so viel vom Lohne gekündigt, daß ihm nur 44 M übrigblieben. Da er damit nicht auskommen konnte, kündigte er und beschloß, mit der Rimscher, die ebenfalls außer Arbeit gekommen war, gemeinsam in den Tod zu gehen. Am Abend des 14. Juli 1920 besuchte Ködterich die Rimscher in ihrer Wohnung. Sie wollten sich und das Kind mit Quantal vergiften. Nachdem sie Abendbrot gegessen hatten, schliefen sie, bis das Kind in der Nacht erwachte. Der Mann schüttete das aufgelöste Gift in die Milchflasche. Da das Kind aber nicht trinken wollte, legte er es auf das Bett und drückte ihm solange eine Dose auf das Gesicht, bis es erstarrt war. Das Mädchen stand während der Zeit mit abgewandtem Gesicht an der Tür. Nach der Tat fuhr das Paar nach Halle, um sich dort das Leben zu nehmen. Sie wollten sich erst ertränken oder von einem Felsen hängen, beschloßen aber endlich, sich vom Zuge überfahren zu lassen. Als sie sich auf die Schienen gelegt hatten, fuhr aber der Zug unglücklicherweise auf dem benachbarten Gleise vorbei. Da sie kein Geld hatten, wanderten sie zu Fuß nach Leipzig zurück, wo sie noch einen mißglückten Versuch machten, sich durch Ausschneiden der Pulsadern zu töten. Am 18. Juli wurden sie verhaftet. Die Ködterichs sprachen sie des Totschlags schuldig, und das Gericht verurteilte den Mann zu 2 Jahren 6 Monaten und das Mädchen zu 2 Jahren Gefängnis.

